

02.06



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Hilft das „Nationale Waldprogramm“ dem Wald?
Landesbehörden missachten Beteiligungsrechte
Wasserprivatisierung schreitet voran
Fotowettbewerb Windkraft**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 12 (2006), Heft 02
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Isabelle Faragallah (if)
Mitarbeit: Nikolaus Geiler, BBU (nik)

DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreutzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

28. Deutscher Naturschutztag: Global denken, lokal handeln

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Höhepunkt in diesem Jahr steht vor der Tür: der 28. Deutsche Naturschutztag vom 29. Mai bis 3. Juni in Bonn. Er steht unter dem Motto: „Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz“.

Seit mehr als 80 Jahren ist der Deutsche Naturschutztag (DNT) der zentrale Fachkongress des Naturschutzes in Deutschland. Er führt die für Naturschutz und Landschaftspflege Aktiven aus den verschiedenen behördlichen, privaten, wissenschaftlichen, praktischen Institutionen und Organisationen sowie Ehrenamtliche regelmäßig zusammen und ermöglicht so die enge Kooperation aller Fachkräfte. Der Kongress nimmt Einfluss auf die Entwicklung von Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere auf die einheitliche Gesetzgebung. Nicht zuletzt trägt er die Anliegen von Naturschutz und Landschaftspflege in die Öffentlichkeit.

Veranstalter sind traditionsgemäß der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) sowie das jeweils gastgebende Bundesland - in diesem Jahr Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Umwelt und Naturschutz.

Schwerpunkthemen des Plenums sind in diesem Jahr die Perspektiven für den Naturschutz aus internationaler, europäischer und bundespolitischer Sicht, der Naturschutz als Staatsaufgabe, die Föderalismusreform sowie globale Naturschutzprobleme.

Die Arbeitskreise und Workshops befassen sich mit den Themen Naturschutz-Fachinformation und -Bildung, globale Naturschutzprobleme und Lösungsansätze, Landschaft und Leitbilder im Wandel, Veränderungen von Natur und Landschaft sowie mit der Situation und Entwicklung des Ehrenamtes.

Im Foyer wird es visuelle und interaktive Ausstellungen mit einem reichhaltigen Informationsangebot geben, die auch zu ein bisschen Ruhe und Entspannung einladen.

Ebenfalls schon traditionell sind die Exkursionen in für den Naturschutz interessante und bedeutsame Gebiete. Sie führen diesmal in die Siegaue, den Naturpark Kottenforst/Ville, das Siebengebirge, die Wahner Heide, den Königsforst, den Nationalpark Eifel, die Industrieregion Escher-Lippe und Niederrhein sowie in das Sieger- und das Sauerland mit der Medebacher Bucht.

Ein Forum "Zur Zukunft des Naturschutzes" bildet den Abschluss des 28. Deutschen Naturschutztages. Vertreter/innen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen werden sich mit ihren Vorstellungen und Visionen dem Auditorium stellen.

Wie Sie sehen, ein interessanter und informativer Reigen verschiedener Themen, Veranstaltungsformen und -orte. Wir hoffen, dass viele Interessierte unter Ihnen den Weg nach Bonn finden und den Deutschen Naturschutztag aktiv mitgestalten. Naturschutz ist eine wichtige Angelegenheit, die alle angeht, die wir hier positiv darstellen und unterstützen sollten.

Das komplette und detaillierte Programm wird ab März auf Anforderung versandt. Ein Informationsfaltblatt liegt diesem Heft bei. Schauen Sie hinein, seien Sie begeistert und planen Sie gleich den Termin ein. Wir freuen uns schon auf Ihren Besuch.

Viel Freude bei der Lektüre des Deutschland-Rundbriefes.

Ihre Helga Inden-Heinrich
Stellv. DNR-Generalsekretärin

2 Impressum

3 Editorial

- Deutscher Naturschutztag: Lokales Handeln, globale Verantwortung

5 Verbände, Umweltbewegung

- 100 Tage Schwarz-Rot: Wenig Grün
- Geschlechtergerechtigkeit in Umweltverbänden: Zukunftskonferenz
- Dinosaurier-Preis an DIHK-Chef

6 Abfall, Chemie, Emissionen

- Emissionsregister: PRTR statt EPER

7 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Neue Agrarpolitik: Nachteile für Ökolandbau?
- Neues Pestizid-Kontrollprogramm
- Kampagne gegen Terminator-Saatgut
- Antibiotika in Pflanzen nachgewiesen
- DNR-Bildungsinitiative Ökolandbau erfolgreich gestartet
- Lesenswert

10 Energie, Klima

- DNR: Energieeffizienz ist Energiequelle der Zukunft
- Gabriel: AKW-Sicherheit gefährdet
- Schweiz: Atommüllendlager in Rheinnähe geplant
- DNR-Fotowettbewerb Windkraft
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

12 Gentechnik

- Gentechnikgesetz: Haftungsregelung gilt vorerst weiter
- Studie: EU-Recht schützt nicht vor Gentechnik-Risiken
- Kurzmeldungen

14 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Nachhaltigkeitspolitik auf dem Prüfstand
- Präzedenzfall in Leipzig: Behörden missachten Öffentlichkeitsbeteiligung
- Flughafen Frankfurt: Landesbehörde unterläuft Anhörung
- BUND-Umweltbilanz 2005
- Lesenswert

18 Naturschutz, Artenschutz

- Deutschland erneut wegen FFH-Richtlinie verurteilt
- 2006: Jahr der Naturparke
- Nationales Naturerbe gesichert
- Globale Allianzen zum Schutz der Tropenwälder
- Hilft das „Nationale Waldprogramm“ dem Wald?
- Neues Naturschutz-Forum im Internet
- Kurzmeldungen

24 Verkehr, Tourismus

- Warnung vor Straßenbau-Folgekosten
- Kurzmeldungen

25 Wasser, Meere

- Wasserprivatisierung schreitet bundesweit voran
- Flusslobbyarbeit wird intensiviert
- Bürgerbeteiligung in der kommunalen Wasserwirtschaft
- Öko-Standard für Wasserkraftstrom

25 Service

- Umwelt-Termine, Informationsquellen, Diskussionsforen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Sonderbeilagen

- WRRl-Info 11, Informationen zur Wasserrahmenrichtlinie (Mittelseiten)

100 Tage Schwarz-Rot: Wenig Grün

DNR-Präsident kritisiert Umweltpolitik

Drei Monate nach ihrem Start hat DNR-Präsident Hubert Weinzierl die große Koalition einem ersten Öko-Check unterzogen. Dabei habe er nur "wenig Hoffungs-schimmer am düsteren Umwelthimmel" entdeckt, sagte Weinzierl im Februar.

Er lobte Bundeskanzlerin Merkel für die Fortführung der Nachhaltigkeitsstrategie. Auch die Beibehaltung der Klimaziele und das Programm zur Energie-Effizienz wiesen in die richtige Richtung. "Auf wackligen Beinen" sieht der DNR-Präsident aber das Festhalten Merkels am Atomausstieg. Es bestehe die Gefahr, dass sie „dem Druck einiger unbelehrbarer CDU/CSU-Ministerpräsidenten nicht standhält“. Er habe zudem „Angst vor Merkels Liebe zur Gentechnik“. In beiden Bereichen würden nicht rückholbare Entscheidungen getroffen. Weinzierl: "Wie passt dies in ein christliches Weltbild?"

Lob für Gabriel, Kritik an Seehofer

Positiv bewertet er den Start von Umweltminister Gabriel in der internationalen Umwelt- und Klimapolitik, bei der Energie-Effizienz und mit seinem Bekenntnis zu den erneuerbaren Energien. Auch sein Einsatz für das nationale Naturerbe und die Aufnahme der Biodiversität in die Nachhaltigkeitsstrategie verdiene Lob.

Bedenklich schätzt Weinzierl dagegen die Rolle von Agrarminister Seehofer ein. „Er fördert den Eindruck, dass die Agrarpolitik wieder vom Bauernverband bestimmt wird.“ Zeichen dafür seien die Forcierung der Gentechnik und die Vernachlässigung des ländlichen Raums. "Seehofer sollte erkennen, dass er 80 Millionen Verbraucher und nicht nur einige Tausend Groß-agrarier vertritt", so der DNR-Präsident.

Kritik gibt es auch an den Ressorts Justiz und Inneres in Sachen Föderalismusdebatte und an Verkehrsminister Tiefensee, der die "überholte Straßenbauorgie" mit Beschleunigungsgesetzen fortsetze. (cmm, mb) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Präsident Hubert Weinzierl, Wiesenfelden
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
www.dnr.de

Natürlich geschlechtergerecht

Gender Mainstreaming im Naturschutz:

DNR-Zukunftskonferenz im März

Das DNR-Projekt „Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz“ veranstaltet am 17. März eine Zukunftskonferenz in Berlin, zu der alle interessierten Verbandsvertreter/innen eingeladen sind.

Die Konferenz will zunächst Rückschau halten und die Aktivitäten und Projekte zum Gender Mainstreaming¹ präsentieren, die in der letzten Zeit in den DNR-Verbänden angestoßen wurden. Über das Erreichte soll Bilanz gezogen werden.

Die Geschlechterperspektive in die tägliche Verbändearbeit bringen

Im Mittelpunkt der Zukunftskonferenz steht das gemeinsame Erarbeiten von Strategien zur Verstetigung der initiierten Maßnahmen: Welche Schritte sind notwendig, um die „Gender-Perspektive“ in den Arbeitszusammenhängen der Verbände zu verankern? Schließlich will die Zukunftskonferenz verbindliche Vereinbarungen zur Fortführung des Begonnenen treffen. Teilnehmer/innen, die schon am 16. März anreisen, sind zudem eingeladen, einen kulturellen Abend in Berlin zu verbringen.

► Das Projektteam freut sich auf Beiträge aus allen Mitgliedsverbänden. Anmelde-schluss ist der 6. März. (mb) ■

• Weitere Informationen

DNR, Projekt Gender Greenstreaming - Geschlechtergerechtigkeit im Natur- und Umweltschutz, Anja Thiem, Karin Fischer, Lüneburg
Tel. 04131 / 677-2967, -2185
Fax 04131 / 677-2532
eMail: gendergreen@uni-lueneburg.de
www.dnr.de/dnr/projekte/
projekt.php?id=13

¹ „Gender Mainstreaming“ ist die Bezeichnung für eine durch die EU- und Bundespolitik verankerte Strategie zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in Organisationen. Ziel dieses Ansatzes ist es, auf allen Ebenen der Organisation und bei allen zu treffenden Maßnahmen die Geschlechterverhältnisse zu reflektieren und die Auswirkungen von Maßnahmen in Bezug auf unterschiedliche Zielgruppen zu überprüfen.

„Dinosaurier des Jahres“ verliehen

NABU vergab „peinlichsten aller Umweltpreise“ an DIHK-Chef Braun

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun, ist Träger des „Dinosauriers des Jahres 2005“. Der NABU kürte den DIHK-Präsidenten im Dezember mit dem „peinlichsten aller Umweltpreise“. Die Begründung des Umweltverbandes: die „rückwärtsgerichtete, anti-ökologische, nachhaltigkeitsfeindliche Haltung des DIHK-Präsidenten.“

DIHK griff in Wahlkampf ein: Angriff auf Umweltpolitik

Der NABU kritisierte, dass im vergangenen Bundestagswahlkampf in der Öffentlichkeit Ökonomie gegen Ökologie ausgespielt worden sei. Dies sei auf „erschreckend niedrigem intellektuellen Niveau“ geschehen. Der Höhepunkt war aus Sicht des NABU das Positionspapier „Für einen Strategiewechsel in der Umweltpolitik“ des DIHK. Darin wurde unter anderem gefordert, dass Deutschland seine Vorreiterrolle in der Umweltpolitik aufgeben solle. Da die Umweltbranche eine der innovativsten in Deutschland und weltweit führend sei, würde dies den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten.

Mit dem „Dinosaurier des Jahres“ zeichnet der NABU Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus, die sich „durch besonders nachhaltige Dummheit in Sachen Natur- und Umweltschutz hervorgetan“ haben. Bisherige Preisträger waren unter anderem der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, und der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Emissionsregister aus Sicht eines Umweltverbandes

PRTR ersetzt EPER: Besser, aber noch nicht gut

Die auf der UNCED-Konferenz von Rio beschlossene Agenda 21 fordert in Kapitel 19 und 27 die Erhebung und den Austausch von Daten und Informationen über Stofffreisetzungen und deren Wirkung, und zwar nicht nur zwischen Staaten, Behörden und Industrie, sondern auch mit der Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen (NGO). Ein Instrument zur Erfüllung dieser Aufgabe sind so genannte Schadstoffregister, wie sie zum Beispiel - in unterschiedlicher Ausführung - bereits in den USA (TRI), Kanada (NPRTR), den Niederlanden und Großbritannien (CRI, PI) existieren.

EU-Schadstoffregister EPER unzureichend

Während die OECD im Auftrag der UN einen Leitfaden zur Einrichtung eines „Pollutant Release and Transfer Register“ (PRTR) erarbeitete, begann die EU mit der Entwicklung ihres eigenen Schadstoffregisters EPER (siehe EUR 11.04, S. 17). Dieses umfasste jedoch sehr viel weniger Daten, wodurch die Erreichung der in der Agenda genannten Ziele wie Stoffstromerhebung und Vergleichbarkeit in weite Ferne rückte.

UN-Schadstoffregister PRTR: Verbesserungen

Mit der Unterzeichnung der Århus-Konvention durch die EU-Mitgliedsstaaten wird nun das EPER im Jahr 2007 durch das PRTR abgelöst. Die Liste der berichtspflichtigen Schadstoffe wird dann von 50 auf rund 90 Stoffe bzw. Stoffgruppen erweitert.

Doch weiterhin wird der Umfang eingeschränkt durch die hohen Mengenschwellen für diese Stoffe, die nur wenige Betriebe überhaupt erreichen. So meldete Deutschland im Jahr 2000 nur 1835 Betriebseinrichtungen für EPER. Die EU hatte mit über 2000 Betrieben gerechnet. Allein in Nordrhein-Westfalen gab es zur gleichen Zeit rund 3500 emissionserklärungsspflichtige Betriebe, von denen aber nur 325 den EPER-Kriterien unterlagen.

Auch der Bezug auf Betriebseinrichtungen statt auf Anlagen (Einzeltätigkeiten) und die Vorgabe von Kapazitätsschwellenwerten anstelle der genehmigten Kapazitäten

mindert die Anzahl der erfassten Einrichtungen. Die Daten einer oder mehrerer Anlagen sind betriebsbezogen zusammengefasst. Es ist nicht ersichtlich, aus welcher konkreten Anlage des Betriebes (z.B. Kraftwerk, Reststoffbehandlung oder Produktionsanlage) welche Emissionen kommen. Damit ist die Kompatibilität zur Basis des EPER - der IVU-Richtlinie² - nur sehr begrenzt gegeben, da diese und die davon abgeleiteten „besten verfügbaren Techniken“ (best available techniques, BAT) sich vor allem auf Anlagen bzw. Tätigkeiten beziehen.

Öffentliche Nutzung des Registers: Möglich, aber nicht einfach

Der öffentliche Zugang zum Register über eine Internet-Homepage ist Grundvoraussetzung für einen effizienten Datenaustausch. Viel Mühe wurde in den Aufbau der EPER-Datenbank investiert. So sind Abfragen über verschiedene Wege möglich. Je nach Nutzerziel und -möglichkeiten kann sich die Abfrage schwerfällig gestalten und bedarf unterschiedlicher Bedienung je nach deutscher oder europäischer Fassung, insbesondere bei Nutzung der Kartenabfrage. Je konkretere Informationen gesucht werden, desto eher sind die genannten Einschränkungen spürbar.

Auch waren die Daten des EPER nicht sehr aktuell, da nur alle drei Jahre berichtet werden musste. Mit dem PRTR erhöht sich die Aktualität durch jährliche Berichtspflicht. Während das EPER nur Daten zu Freisetzungen in Luft und Wasser enthielt, soll das PRTR nun auch Daten zu Freisetzungen in den Boden sowie den Abfalltransfer und diffuse Quellen aufnehmen. Vor der Berichtspflicht zum Abfalltransfer stehen jedoch wiederum hohe Mengenschwellen.

Die Einbeziehung diffuser Quellen muss differenziert werden. Bekannte diffuse Emissionsbeiträge eines Betriebes mussten bereits im EPER gemeldet werden; Beiträge etwa aus Transportbewegungen kommen nun hinzu. Ob die häufig für Nachbarschaftsbeschwerden ursächlichen diffusen Emissionen einbezogen wurden, ist also im Einzelfall nachzuprüfen.

Diffuse Emissionen z.B. aus großen Tanklagern oder Halden u. ä. werden nach wie

vor überhaupt nicht erfasst, da diese keine Aktivitäten im Sinne der IVU-Richtlinie darstellen. Immerhin ist laut PRTR-Verordnung die Weiterentwicklung beabsichtigt... ■

Gastautorin: Angelika Horster, BUND/NABU

• Weitere Informationen

Angelika Horster, Krefeld, BUND-Bundesarbeitskreis Immissionsschutz, NABU-Bundesfachausschuss Abfall/Chemie/Energie, NABU-Vertreterin in der Kommission für Anlagensicherheit
Tel. 02151 / 475686

eMail:

02151475686-0001@t-online.de

www.prtr.de

² Europäische Richtlinie 96/61/EG vom 24.9.1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung

Neue Agrarpolitik zum Nachteil des Ökolandbaus?

Seehofer: Förderung des Ökolandbaus ist „Planwirtschaft“

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) hat vor Beginn der Grünen Woche im Januar in Berlin eine neue Agrarpolitik angekündigt. Bereits im Dezember verabschiedete sich der Minister laut Presseberichten von dem Ziel seiner Vorgängerin Renate Künast, die Äcker mit ökologischer Bewirtschaftung bis 2010 auf 20 Prozent auszudehnen. Für die Ökobauern würde dies drastische Kürzungen der Förderung bedeuten, die sie zuvor erhielten. Zwar sagte Seehofer, er wolle die Ökobauern genauso wie die konventionellen unterstützen, bezeichnete aber gleichzeitig die Förderung des Ökolandbaus als Planwirtschaft.

Ökobauern brauchen ebenso viele Fördergelder wie konventionelle

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) forderte den Landwirtschaftsminister auf, Biobauern weiterhin besonders zu unterstützen. Ohnehin erhielten Ökobetriebe im Durchschnitt weniger Fördergelder als konventionelle, so der Erzeuger-Dachverband. Aus Sicht des Anbauverbandes Biokreis ist die angekündigte Gleichbehandlung für die Ökobauern von Nutzen. Das hieße, dass sie endlich ebenso viele Fördergelder pro Hektar bekämen wie konventionell wirtschaftende Landwirte, erklärte der Verband. Der BÖLW betonte, in der Ökolandwirtschaft seien zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen worden, vor allem dort, wo sie am schwersten zu halten seien: auf dem Lande. Verschiedenen Studien zufolge lassen sich die Ziele der ländlichen Entwicklung, des Verbraucher- und des Umweltschutzes am besten mit der ökologischen Landwirtschaft erreichen.

Zusammenschluss gegen Gentechnik nach Schweizer Vorbild

Biokreis kritisierte auch Seehofers Pläne, die Agro-Gentechnik zu forcieren. Der Minister opere damit den Wunsch von über 70 Prozent der Verbraucher/innen nach gentechnikfreien Lebensmitteln der „heiligen Kuh Wirtschaft“ und verstoße gegen den Koalitionsvertrag. Der Verband betonte, es gehe dabei gar nicht um die konventionelle Landwirtschaft - denn auch diese Bauern seien mehrheitlich nicht an gentechnisch verändertem Saatgut inte-

ressiert -, sondern um die Interessen eigener Weniger.

Inzwischen warnen laut BÖLW immer mehr Wissenschaftler vor den Risiken der Grünen Gentechnik. Der Verband forderte Seehofer auf, das Gentechnikgesetz nicht zu verwässern. Das derzeitige Gesetz sei der notwendige Mindeststandard, um die Koexistenz und damit eine Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ohne Gentechnik zu sichern. Biokreis appellierte an alle Gegner der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen, sich nach Schweizer Vorbild zusammenzuschließen. Nur dann könne ein nicht wieder gut zu machender Schaden von der gesamten deutschen Landwirtschaft abgewendet werden.

Schweiz: Volksinitiative erreicht Gentech-Moratorium

In der Schweiz dürfen Bauern in den nächsten fünf Jahren keine Pflanzen anbauen oder Tiere halten, die gentechnisch verändert sind. Eine von Verbraucherschützern, Umweltverbänden und Bauernorganisationen initiierte Volksinitiative für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft wurde Ende November mit 56 % Ja-Stimmen angenommen. Geschlagen geben mussten sich damit die Parlamentsmehrheit und die bürgerlichen Parteien. Sie hatten vor allem vor einer Schwächung des Forschungsstandortes gewarnt. (mbu, mb) ■

• Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Tanja Barbian, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309
eMail: barbian@boelw.de
www.boelw.de
www.keine-gentechnik.de

Biokreis, Regensburger Str. 34, 94036 Passau
Tel. 0851 / 75650-0, Fax -25
eMail: info@biokreis.de
www.biokreis.de

Neues Pestizid-Kontrollprogramm angelaufen

Länder und Bundesamt kooperierten konstruktiv - Jahresbericht 2004 fertig

Bund und Ländern ist es gelungen, ein gemeinsames Programm für die Kontrollen im Pflanzenschutz zu erarbeiten. Erstmals wurden 2004 die Kontrollen von den zuständigen Länderbehörden auf der Grundlage dieses Programms durchgeführt. Die Ergebnisse liefen dann beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zusammen. Der Jahresbericht 2004 liegt nun vor. Im Berichtsjahr wurde in rund 3.400 Handelseinrichtungen und 3.800 landwirtschaftlichen Betrieben kontrolliert, ob die Pflanzenschutzmittelvorschriften eingehalten wurden.

Zahlreiche Verstöße gegen Verkaufsvorschriften

Mehr als ein Viertel der überprüften Handelsbetriebe fiel bei der Kontrolle durch, weil Pflanzenschutzmittel angeboten wurden, die nicht mehr zugelassen oder falsch gekennzeichnet waren. Rund 23 Prozent hatten den Verkauf von Pflanzenschutzmitteln nicht vorschriftsgemäß angezeigt. In einigen Geschäften konnten die Verkäufer nicht kompetent beraten, in anderen konnten sich die Kunden entgegen dem Gesetz bei den Pflanzenschutzmitteln selbst bedienen.

Effektivere Kontrollen

Das BVL ist für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln zuständig. Es legt fest, für welche Zwecke und bei welchen Pflanzen ein Mittel angewendet werden darf, gibt Sicherheitshinweise und kann Auflagen zur Anwendung, z. B. zum Schutz von Bienen oder Gewässern, erteilen. Durch die Zusammenarbeit zwischen dem BVL und den Ländern wurden nach Ansicht des Amtes die Kontrollen verbessert. Sie sollen weiter optimiert werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Jochen Heimberg, Rochusstr. 65, 53123 Bonn
Tel. 0228 / 6198-310, Fax -160
eMail: jochen.heimberg@bvl.bund.de
www.bvl.bund.de

Kampagne „Freie Saat“ gegen steriles Gentech-Saatgut

Konzerne erzeugen mit „Terminator-Technik“ unfruchtbare Pflanzen

Zahlreiche Verbände, darunter der BUND und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), haben im Januar die Kampagne „Freie Saat“ gestartet. Sie protestieren damit gegen die so genannte Terminator-Technologie, die Saatgutkonzerne einsetzen, um mehr Gewinn zu erzielen. Die Leid Tragenden dieser Technik, mit der Pflanzen gezüchtet werden, die nicht mehr keimen können, seien die Bauern.

Laut AbL vermehren weltweit Landwirte 80 Prozent ihres Saatguts selbst, lediglich 20 Prozent kaufen sie neu von den Konzernen. Die Terminator-Technologie sei ein Angriff auf das Jahrhunderte alte Recht Saatgut selbst zu vermehren. Um dieses Recht zu untergraben, hätten die Biotechniker der Pflanze ein Gen eingebaut, das ein Abtöten des Keims bewirkt.

Noch schützt UN-Moratorium

Der Evangelische Entwicklungsdienst kritisiert die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern. Die Bauern dort wüssten oft gar nicht, was auf sie zukommt. Im Jahr nach der ersten Ernte folgt müssten sie dann feststellen, dass kein Saatkorn mehr aufgeht. Seit dem Jahr 2000 besteht für die Terminator-Technologie ein nicht bindendes Moratorium im Rahmen der UN-Biodiversitäts-Konvention. Im März wird auf einer Folgekonferenz erneut darüber debattiert. Die Kampagne „Freie Saat“ forderte die Bundesregierung auf, sich für eine Verlängerung des Moratoriums einzusetzen und die Technologie in Deutschland zu verbieten. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381 -9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-456, Fax -449
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net

Antibiotika erstmals in Pflanzen nachgewiesen

Arznei, die Keime unschädlich machen soll, wirkt nicht mehr

Wissenschaftler der Universität Paderborn haben 2005 zum ersten Mal Antibiotika auch in Salat und Weizen gefunden. Bisher ging man davon aus, dass nur tierische Produkte damit belastet sind. Tausende Tonnen der Arznei werden pro Jahr in der EU an Nutztiere verfüttert. Über die Ausscheidungen der Tiere gelangen Antibiotika mit der Gülle auf die Felder und damit in Getreide und Gemüse. Das Problem für Menschen: Die Antibiotika verlieren ihre Wirkung. Immer mehr Bakterienstämme werden aber resistent gegenüber den Medikamenten.

Die Paderborner Forscher untersuchten in der dreijährigen Studie den Weg von Antibiotika, die Schweinen kontrolliert verabreicht wurden. Mit der Gülle düngten die Wissenschaftler Weizen und Salat auf Versuchsfeldern. In den folgenden Monaten fanden sie die Medikamente im Weizen und im Salat wieder. Das Forschungsteam überprüft nun, ob sich die Ergebnisse des Modellversuchs in der landwirtschaftlichen Praxis bestätigen.

Antibiotika in der Tiermast verboten - BVL will verstärkt kontrollieren

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) kündigte an, künftig auch pflanzliche Lebensmittel auf Antibiotika-Rückstände zu untersuchen. Noch fehlten dazu aber die Standards. Nach einer EU-Verordnung ist es ohnehin seit diesem Jahr verboten, Antibiotika als leistungs- und wachstumsfördernde Mittel ins Tierfutter zu mischen. Um den illegalen Einsatz zu verhindern, initiierte das BVL das „Nationale Kontrollprogramm Futtermittelsicherheit“, das eine umfassende Kontrolle von Futtermitteln gewährleisten soll. Nach Auffassung des BUND sind auch die Tierärzte gefragt. Statt die ganze Herde zu behandeln, wenn ein Tier hustet, sollten sie weniger Antibiotika verschreiben. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-425, Fax -449
eMail: presse@bund.net
www.bund.net

Bayern: Bildungsinitiative Ökolandbau gestartet

DNR will „Botschafter des Ökologischen Landbaus“ gewinnen

Das erste Seminar im Rahmen der „DNR-Bildungsinitiative Ökologischer Landbau“ Mitte Januar in Karlstadt ist von den Teilnehmern sehr gut angenommen worden. Sie vergaben beim Feedback Bestnoten für die Durchführung der Veranstaltung und die Aufbereitung der Inhalte. Projektleiter Edmund A. Spindler vom DNR verfolgte bei der Schulung gemeinsam mit dem Bund Naturschutz in Bayern (BN) ehrgeizige Ziele. Die Veranstalter wollten über die Umweltleistungen des Ökologischen Landbaus informieren, die Vorzüge der Bio-Kost näher vermitteln und schließlich „Botschafter des Ökologischen Landbaus“ gewinnen.

Teilnehmer/innen wollen regionale Netzwerke aufbauen

Dazu erklärten sich auch einige Teilnehmer/innen bereit: Sie wollen regionale Netzwerke zur Förderung des Ökologischen Landbaus aufbauen. Die Motivation wurde durch die Verbindung von Theorie und Praxis gestärkt, denn die Verpflegung bestand aus regionalen Produkten. Der BN plant weitere regionale Kooperationen zwischen Bio-Bauern und Handelsunternehmen, die Bio-Produkte im Sortiment haben oder neu hinein nehmen wollen.

Schulungen demnächst bundesweit?

Nach zwei weiteren Schulungen Ende Januar und Mitte Februar soll eine Bilanz zur Bildungsinitiative vorgelegt werden. Die positive Resonanz auf den ersten Seminartermin ermutigte den DNR, die Schulungen über die Grenzen Bayerns hinaus seinen Mitgliedern möglicherweise bundesweit anzubieten. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Lesenswert

König Kunde ruiniert sein Land

Von der Geschichte des Konsums und den Akteuren, die die viel beschworene Binnennachfrage bestimmen, handelt dieses Buch. Der Autor analysiert das Verhalten der Verbraucher/innen und geht u. a. der Frage nach, wer die Hauptverantwortung für Umweltzerstörung und Sozialdumping trägt. Seiner Auffassung nach sind es die Konsument/innen, die durch ihre Nachfrage die meisten Probleme verursachen. König Kunde pfeife auf Öko, wenn nur der Preis stimme, schreibt der Umweltjournalist. Er gibt praktische Tipps für kleine Verhaltensänderungen mit großer Wirkung. Das Buch soll Anregungen geben, wie aus Schnäppchenjägern verantwortungsvolle Konsumenten werden können. Durch ein anderes Konsumverhalten könne jeder etwas für mehr Nachhaltigkeit tun, so der Autor. (mbu)

Bernhard Pötter: König Kunde ruiniert sein Land. Wie der Verbraucherschutz am Verbraucher scheitert. Und was dagegen zu tun ist, Oekom-Verlag, München 2005, 156 S., 14,80 Euro, ISBN 3 936581 92 4

Pestizide aus dem Supermarkt

Ein neuer Greenpeace-Ratgeber zeigt in einem umfangreichen Supermarkt-Ranking, wie stark Obst und Gemüse der wichtigsten deutschen Handelsketten mit giftigen Pestiziden belastet ist. In diesem Großtest hat Greenpeace deutschlandweit bei den sechs führenden Supermarktketten und einem Regionalanbieter 658 Obst- und Gemüseproben gekauft und sie auf rund 300 verschiedene Pestizide untersuchen lassen. Seit Jahren gibt es laut Greenpeace in Tafeltrauben, Früherdbeeren, Tomaten oder Kopfsalat immer mehr giftige Pestizidrückstände. Die Untersuchungen der behördlichen Lebensmittelkontrolle bestätigen diesen Trend. Die EU-Kommission schließt mittlerweile gesundheitliche Schäden nicht mehr aus. Pestizide können Krebs auslösen, das Immunsystem angreifen und den Hormonhaushalt stören, viele von ihnen sind Nervengifte. (mbu)

Greenpeace-Einkaufsratgeber „Pestizide aus dem Supermarkt“; Bezug: Greenpeace, Tel. 040 / 30618-120, Fax -100 oder www.einkaufsnetz.org

Kritischer Agrarbericht 2006

Anlässlich der Grünen Woche hat das AgrarBündnis in Berlin den aktuellen Kritischen Agrarbericht präsentiert. Er enthält eine kritische Zwischenbilanz der Agrarwende und aktuelle Positionen zur Agrarpolitik. Zwar habe die von der rot-grünen Regierung proklamierte Agrarwende die gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, heißt es. Zu den positiven Leistungen gehörten auch die Förderung und der Imagegewinn des Ökologischen Landbaus sowie das Verbot der Käfighaltung für Legehennen. Aus Sicht des AgrarBündnisses kann die Bilanz allerdings nicht überzeugen. Eine Qualitätswende habe es nur bedingt gegeben und diejenigen, die sich von der Agrarwende eine soziale Wende erhofft hatten, seien enttäuscht worden. Auch unter dem neuen Landwirtschaftsminister Horst Seehofer will das AgrarBündnis, ein Zusammenschluss von Umweltschutzorganisationen und kritischen Agrarverbänden, weiter für eine Agrarwende kämpfen. (mbu)

AgrarBündnis (Hg.): Kritischer Agrarbericht 2006, 19,80 Euro, Bezug: AbL-Verlag, Tel. 02381 / 492288, eMail: verlag@bauernstimme.de, www.bauernstimme.de, ISBN 3-930413-29-9

Agraratlas Landwirtschaft in Deutschland

Der Verein information.medien.agrar (i.m.a.) bietet den Agraratlas Landwirtschaft in Deutschland in 12 PDF-Dateien zum Download an. Auf den Deutschlandkarten ist die Verteilung der Betriebe nach Anzahl und Größe zu finden. Außerdem sind die Flächennutzung und die Tierhaltung dargestellt. Der Agraratlas kann auch insgesamt als PDF-Datei heruntergeladen werden. (mbu)

i.m.a. (Hg.): Agraratlas Landwirtschaft in Deutschland, 12 Karten, kostenlos; Internet-Download (3,5 MB): www.ima-agrar.de/index_3050.htm



DNR: Energieeffizienz ist die Energiequelle der Zukunft

Mit Innovationen soll Verbrauch bis 2020 um ein Drittel reduziert werden

Der DNR hat im Januar die Bundesregierung aufgefordert, eine Energieeffizienzstrategie zu entwickeln mit dem Ziel, den Energieverbrauch pro Jahr um 2 Prozent zu reduzieren. Bis 2020 könnte damit mehr als ein Drittel Energie eingespart werden, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen.

Zuvor hatte der Umwelt-Dachverband die energiepolitische Position von Teilen der CDU/CSU kritisiert. DNR-Präsident Hubert Weinzierl bezeichnete die Forderung nach längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken als „ewig gestrige Haltung“. Die Lösung für eine sichere Energieversorgung liege in der Verringerung des Verbrauchs sowie im Ausbau heimischer, vor allem erneuerbarer Energiequellen. Würden die entsprechenden energiepolitischen Weichen gestellt, könne der gesamte Anteil der Atomenergie durch Effizienzmaßnahmen ersetzt werden.

Kampf um endliche Ressourcen ruft Energielobby auf den Plan

Der BUND sieht im Atomstreit der schwarz-roten Koalition den Vorboten kommender Kämpfe um die Energieresourcen. Öl, Gas, Kohle und Uran würden zunehmend knapp, die Ausbeutung ihrer Vorkommen schwieriger und teurer, sagte Bundesgeschäftsführer Gerhard Timm. Vermutlich würden die Profiteure herkömmlicher Energiestrukturen versuchen, ihren Einfluss auf die Politik zu erweitern. An Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ging der Appell, Attacken von dieser Seite zurückweisen und sich weiter für eine moderne Energiepolitik einzusetzen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Gabriel: Atomkraftwerke mit Sicherheitsmängeln

Umweltminister will Atomaufsicht in Bund und Ländern überprüfen lassen

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat Zweifel an der Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke geäußert und eine Reform der Atomaufsicht in Aussicht gestellt. Das Sicherheitsmanagement in deutschen Anlagen weise erhebliche Mängel auf, sagte Gabriel dem Nachrichtenmagazin Spiegel. Dass Deutschland die sichersten Atomkraftwerke habe, stimme womöglich für die Technologie der neuesten Generation. Für die alten stimme das nicht.

Als negative Beispiele nannte der Minister die Reaktoren Biblis A und B. Diese hätten nicht einmal eine unabhängige und gebunkerte Notstandswarte. Der Minister kündigte an, die Struktur der deutschen Atomaufsicht in Bund und Ländern durch unabhängige Experten überprüfen zu lassen. Sein Ministerium habe die Internationale Atom-Agentur gebeten, möglichst noch in diesem Jahr ein Überprüfungs-team nach Deutschland zu schicken. Die Tatsache, dass die Atomaufsicht zwischen Bund und Ländern geteilt ist, werde in der internationalen Community kritisch gesehen.

Entsorgung von tausenden Tonnen Atommülls ungeklärt

Im Jahr 20 nach dem Super-GAU in Tschernobyl wird der von Rot-Grün ausgehandelte Atomausstieg immer wieder in Frage gestellt. Die Union plädiert für längere Laufzeiten der AKW, damit Deutschland in der Energieversorgung unabhängiger vom Weltmarkt werde. Die SPD setzt hingegen auf Innovationen. Ungeklärt bleibt die Entsorgung des radioaktiven Abfalls. Selbst wenn sofort alle Kernkraftwerke abgeschaltet würden, blieben allein 10.600 Tonnen hochradioaktiven Brennelemente zu entsorgen. Der Atomausstieg wird auch Thema beim von der Großen Koalition geplanten Nationalen Energiegipfel im Frühjahr sein. Dort stehen außerdem die Solar-, Bio- und Windenergie auf der Tagesordnung. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Schweiz: Atommüllendlager in Rheinnähe geplant

Angst vor Trinkwasserverseuchung

Umweltverbände und Bürgerinitiativen in der Schweiz, in Baden und im Elsass haben sich gegen die Pläne eines Atommüllendlagers am Rheinfall bei Schaffhausen gewehrt. Die Gegner/innen der schweizerischen Endlagerpläne weisen darauf hin, dass durch die Atommülllagerung am Hochrhein die Trinkwasserversorgung von Millionen Europäern entlang des Rheins in Gefahr kommen könnte.

Sicherheitsabstand gefordert

In einer Resolution verlangt der BUND von der „Nationalen Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz“ (NAGRA) „ein Wasserschutzgebiet mit einem Sicherheitsabstand von mindestens 25 Kilometern zum Rhein und seinen Zuflüssen.“

Ferner kritisieren Umweltverbände, dass die Schweiz als „Hüterin der europäischen Quellen“ mit ihren Plänen zur Einlagerung von Atommüll am Rheinfall „dieser Verantwortung nicht gerecht“ werde. Deshalb wird eine Beteiligung der von einem möglichen Endlager betroffenen Rheinanlieger an den anstehenden Genehmigungsverfahren gefordert. (nik) ■

• Weitere Informationen

BUND, AK Wasser, Sprecher Sebastian Schönauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 06094 / 9840-22, Fax -23
eMail: sebastian.schoenauer@bund.net
www.bund.net

Ansichtssache Windkraft

Fotowettbewerb im Rahmen der DNR-Kampagne „Wind ist Kraft“

► Über das Aussehen von Windrädern gehen die Meinungen auseinander, seit es diese Anlagen gibt. Damit man sich ein vielfältiges Bild machen kann, haben der DNR, die Deutsche Umweltstiftung, der Deutsche Verband für Fotografie und die Zeitschrift Photographie einen Fotowettbewerb ausgeschrieben. Gesucht wird die persönliche Sichtweise auf vorhandene Windkraftanlagen oder Windparks an ihrem Standort. Wo fügen sich Windräder harmonisch in die Landschaft ein, wo erscheinen sie eher störend? Wie verändert sich die Landschaft, in der sie stehen? Von diesen oder völlig anderen Fragen können sich Fotograf/innen leiten lassen, die am Wettbewerb teilnehmen möchten. Fotomontagen oder andere inhaltliche Veränderungen am Bildmotiv sind nicht gestattet.

Monatliche Auswahl

Der Wettbewerb erstreckt sich über sechs Monate. Einsendeschluss für die monatliche Auswahl sind der 30. April, der 31. Mai, der 31. Juli und der 30. September dieses Jahres. Es können bis zu fünf Aufnahmen digital (1600x1200 Pixel im JPEG-Format) oder als Papierbild (Format 13x18 bis 20x30) mit Angabe des Standorts eingesandt werden. In bis zu 15 Zeilen à 40 Anschläge kann die gestalterische Idee beschrieben werden. Zu gewinnen gibt es zwei Kameras oder einen Fotolehrgang, alternativ ist eine Barauszahlung möglich. Die Fotos bitte an die hier angegebene Adresse schicken. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR-Projekt „Umwelt- und naturverträgliche Windenergienutzung“, c/o Schmal + Ratzbor, Büro für Umweltplanung, Im Bruche 10, 31275 Lehrte
eMail: dnr.fotowettbewerb@schmal-ratzbor.de

Kurzmeldungen

Solaranlagen-Boom in Deutschland

Die Zahl der neuen Photovoltaik-Anlagen in Deutschland ist nach Recherchen der Zeitschrift Photon doppelt so hoch wie bisher angenommen. Bisher ging man von einem Zubau von 360 Megawatt Leistung aus, hieß es beim Bund der Energieverbraucher. In Wirklichkeit seien jedoch 770 Megawatt im Jahr 2004 neu installiert worden. Photon hatte alle Stromversorger befragt und die Ergebnisse hochgerechnet. Insgesamt waren danach in Deutschland Ende 2004 1.364 Megawatt an Photovoltaik-Leistung installiert. Zwischen 2003 und 2004 hat sich der Neubau mehr als verdreifacht. Im Jahr 2005 ging das Wachstum unvermindert weiter. (mbu)

Bund der Energieverbraucher, Tel. 02224 / 9227-0, www.energieverbraucher.de

Vier von fünf Bundesbürgern wollen mehr Erneuerbare Energien

Nach einer Umfrage von Infratest dimap im Januar sprachen sich 81 Prozent der Deutschen für den verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien aus. Um weniger abhängig von ausländischen Energielieferanten zu sein, sollte Deutschland vor allem auf Sonnenenergie und Windkraft setzen. Die stärkere Nutzung von Kohle bzw. Atomkraft ist nur für 17 bzw. 25 Prozent eine überzeugende Alternative. Laut Eurobarometer hielten im vergangenen Jahr 9 von 10 Befragten den heutigen Anteil der Erneuerbaren Energien am Strompreis für angemessen. Das Hauptargument dafür lag überwiegend im Umweltschutz (44 Prozent) oder dem Wunsch nach Unabhängigkeit von herkömmlichen, endlichen Energiequellen (29 Prozent). (mbu)

Infokampagne Erneuerbare Energien, Berlin, Tel. 030 / 200535-43, www.unendlich-viel-energie.de ■

Lesenswert

Faire Ökonomie und Erneuerbare Energien bedingen einander

Der Autor ist der Überzeugung, dass eine solidarische Ökonomie nur mit erneuerbarer Energie funktionieren wird und umgekehrt erneuerbare Energien nur dann breit angewendet werden können, wenn die Ökonomie solidarisch organisiert wird. Solidarität und Fairness erforderten eine neue Art der politischen Regulation auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Nach einer Darstellung der Geschichte kapitalistischer Produktions- und Aneignungsweise erläutert der Wirtschafts- und Politikwissenschaftler seine These, dass der „Kapitalismus wie wir ihn kennen“ bald zu Ende sein könnte. Die Begründung: Wachstum wird hauptsächlich von fossiler und nuklearer Energie angetrieben; diese sind aber begrenzt und die Folgen der Emissionen für die Erde führen aus Sicht des Autors dazu, dass die Wirtschaftsform der Industrienationen bald zu ihrem Ende kommt. Angesichts dieser Grenzen des gegenwärtigen ökonomischen Modells müssten Alternativen gesucht werden. Als Beispiel dafür, dass diese bereits existieren, nennt Altwater die ansatzweise praktizierte Solidarität und Nachhaltigkeit überall in der Welt, besonders aber in den lateinamerikanischen Ländern, die von den Finanzkrisen des vergangenen Jahrzehnts hart getroffen wurden. (mbu)

Elmar Altwater: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, 240 S., 14,90 Euro, ISBN 3-89691-627-0 ■

Gentechnikgesetz: Haftungsregelung gilt weiter

Grüne Gentechnik weiterhin nicht uneingeschränkt möglich

Bundesagrarminister Horst Seehofer hat bei der Vorstellung des neuen Gentechnikgesetzes im Januar auf eine Änderung der bestehenden Haftungsregeln verzichtet. Der Grund: Er konnte sich bislang mit der Industrie nicht einigen. Die Haftungsregelung der Vorgängerregierung sieht vor, dass ein Bauer, dessen Felder gentechnisch kontaminiert wurden, alle Landwirte, die in seiner Nachbarschaft Gentechnik-Pflanzen anbauen, auf Schadensersatz verklagen kann. Der Geschädigte muss dabei nicht nachweisen, von welchem Acker die genmanipulierten Pollen kommen. Dies lehnt der Industrieverband Agrar ebenso ab wie den Kompromissvorschlag Seehofers: Auch bei dem Haftungsfonds sei die Verantwortungsfrage nicht ausreichend geregelt, hieß es.

EU macht Berlin Druck: Ab 20. Februar droht Geldstrafe

Damit ist eine wichtige Klausel des neuen Gentechnikgesetzes weiter offen. Dabei drängt die Zeit. Denn die Europäische Kommission hat Deutschland eine Frist bis zum 19. Februar gesetzt, um endlich die Richtlinie über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen umzusetzen. Das sollte eigentlich bis 2002 geschehen. Im Februar 2005 verabschiedete der Bundestag ein neues Gentechnik-Gesetz. Gleichzeitig teilte Berlin der EU-Kommission mit, dass ein zweites Gesetz zur vollen Umsetzung der Richtlinie notwendig sei. Dieses ist nach wie vor nicht verabschiedet worden. Versäumt Deutschland erneut die Frist, muss es möglicherweise mehr als 790.000 Euro Strafe pro Tag an die EU zahlen.

Unterdessen geht die Diskussion über Schaden und Nutzen der Grünen Gentechnik weiter. Nachdem sich Horst Seehofer im Vergleich zu seiner Vorgängerin Renate Künast wesentlich gentechnikfreundlicher äußerte und im Dezember die Sortenzulassung für die Genmais-Linie MON 810 gewährte, verstärkt sich der Widerstand der Kritiker/innen. Die Sortenzulassung hat den Weg für die Vermarktung frei gemacht. Bundesweit gibt es immer mehr Kommunen und Einrichtungen, die ihre landwirtschaftlichen Flächen zu gentechnikfreien Zonen erklären. So verbot die evangelische Kirche in Sachsen bereits

vor neun Jahren ihren Pächtern genmanipulierte Pflanzen anzubauen. Außerdem erklärten mehr als 22.000 Bauern auf Gen-Saat zu verzichten. Biobauern wirtschaften ohnehin gentechnikfrei. In der Summe werden mehr als 700.000 Hektar Ackerflächen garantiert gentechnikfrei bewirtschaftet.

Lebensmittelindustrie sensibel: Kunden wollen kein Genfood

Nach einer Forsa-Umfrage sind fast 80 Prozent der Verbraucher/innen skeptisch gegenüber Gentechnik im Essen. Darauf reagiert auch die Nahrungsmittelindustrie. So teilte der Babynahrungshersteller Hipp im Januar mit, seine Produktion ins Ausland zu verlagern, wenn der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland zunehme. Die Firma bietet seit Jahren nur Bioprodukte an. Bei Babynahrung könne es in punkto Gentechnik keine Kompromisse geben, sagte Firmenchef Claus Hipp. Wenn das Gentechnikgesetz nicht sicherstelle, dass deutsche Bauern weiter gentechnikfreie Ware zu angemessenen Preisen anbieten können, müsse man verstärkt im Ausland einkaufen. Auf Dauer stelle sich dann die Frage nach dem Produktionsstandort.

Zwar betont Seehofer stets, sein Ministerium werde nichts zum Schaden von Mensch und Umwelt tun, spricht sich aber gleichzeitig gegen seiner Ansicht nach zu starke Reglements bei der Agro-Gentechnik aus. Die Entscheidung über deren künftigen Einsatz sollten die Verbraucher mit ihrer Kaufentscheidung treffen, sagte der Agrarminister. Er setze sich daher für eine Kennzeichnungspflicht ein. ■

Autorin: Marion Busch, DRB-Redaktion

• **Weitere Informationen**

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-456, Fax -449
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net

Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmelv.bund.de
www.bmelv.de

EU-Recht schützt nicht vor Gentechnik-Risiken

NABU-Studie: Information der Öffentlichkeit nicht gewährleistet

Das geltende EU-Recht zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist laut einem Rechtsgutachten im Auftrag des NABU mangelhaft. Wenn sich Schäden an Mensch und Natur durch genmanipulierte Pflanzen zeigten, sei nicht gewährleistet, dass und wie die Öffentlichkeit davon erfährt und wer wann das Recht hat, den Anbau zu stoppen, heißt es in der Studie.

Mensch und Natur seien vor den Risiken der Grünen Gentechnik nicht ausreichend geschützt, kritisierte der NABU. Ist eine gentechnisch veränderte Pflanze erst einmal in der EU zugelassen, könne sie ohne Kontrolle der Folgen für die biologische Vielfalt immer und überall angebaut werden. Anwohner, Bauern und Naturschutzverbände hätten so gut wie keine Chance, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zum Beispiel in Naturschutzgebieten zu verhindern oder etwas über die mögliche Beeinträchtigung von Fauna und Flora zu erfahren.

Vor Zulassung von Gen-Pflanzen Umweltrisikoprüfung gefordert

Vor diesem Hintergrund appellierte der NABU an die Bundesregierung das Gentechnikrecht nicht zu Gunsten von Forschung und Anwendung zu ändern. Es gebe bei den europäischen Zulassungsverfahren keine sachlich angemessene und von Wissenschaftlern geforderte Prüfung auf Umweltrisiken gentechnisch veränderter Organismen. Derzeit gälten lediglich die nicht überprüfbaren Angaben der Industrie. Gesichert sei nur, dass Koexistenz ohne Einträge und Einkreuzungen nicht möglich ist. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Gentechnikreferentin Steffi Ober, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84
eMail: steffi.ober@nabu.de
www.nabu.de/gentechnik

Zusammenfassung des NABU-Rechtsgutachtens (Download, 190 kB):
www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/gutachten/2.pdf

Kurzmeldungen

Drei neue Genmais-Sorten genehmigt

Im Januar hat die EU-Kommission die Zulassung für drei weitere genmanipulierte Maissorten erteilt. Sie gilt für zunächst 10 Jahre und erlaubt die Einfuhr und Verarbeitung in der EU. Es handelt sich um die Sorten MON 863, GA 21 und 863 x 810, die alle dem Monsanto-Konzern gehören. Besonders umstritten ist die Zulassung von MON 863. Nach einer Studie führte die Fütterung von Ratten mit diesem Mais zu starken Veränderungen im Blutbild und an Organen. Daher sei die gesundheitliche Unbedenklichkeit nicht gegeben, warnte die grüne Europaabgeordnete Hiltrud Breyer. Die Umweltorganisation Friends of the Earth bemängelte auch das ihrer Ansicht nach undemokratische Zulassungsverfahren. Da es im Rat der EU-Agrarminister weder eine Mehrheit für noch gegen die Zulassung von MON 863 gab, konnte die EU-Kommission allein entscheiden - „gegen den Willen von 70 Prozent der Europäer/innen, die keine Gentechnik im Essen wollen“, so die Kritik von Friends of the Earth. (mbu)

FoEE, Brüssel, Tel. 0032 2 / 5420180,
www.foee.org



Nachhaltigkeitspolitik auf dem Prüfstand

DNR, BUND und NABU überprüfen den Nachhaltigkeitsprozess

Bereits rund ein halbes Jahr bevor die Bundesregierung 2002 ihre Nationale Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedete, starteten der DNR, der BUND und der NABU ein Studienprojekt, um zu analysieren, ob die Umweltdimension in der Nachhaltigkeitsstrategie ausreichend berücksichtigt wird. Da sich die Bundesregierung verpflichtet hat, alle zwei Jahre die Realpolitik unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu bilanzieren und die Strategie im Dialog mit der Zivilgesellschaft weiter zu entwickeln, begleiten die Umweltverbände den Nachhaltigkeitsprozess seitdem kontinuierlich im Rahmen eines von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderten Verbändeprojektes.

2003 stand die Frage im Mittelpunkt, ob die Bundesregierung ihren eigenen Nachhaltigkeitszielen überhaupt gerecht wird. Zu den wichtigsten Zielen zählen beispielsweise die Erhöhung des Anteils des Bio-Landbaus auf 20 Prozent bis zum Jahr 2010 sowie die Absenkung des Flächenverbrauchs auf 30 Hektar pro Tag und die Anhebung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion auf 20 Prozent jeweils bis 2020. Bereits in diesem Jahr soll die Entwicklungshilfe auf 0,33 Prozent des Bruttonationaleinkommens angehoben werden.

Nachhaltigkeits-Check nimmt Tagespolitik unter die Lupe

DNR, BUND und NABU entwickelten einen „Nachhaltigkeits-Check“ mit dem sie überprüften, inwieweit die aktuelle Tagespolitik mit den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie übereinstimmt, und konzentrierten sich dabei auf die Themenfelder

- Klimaschutz,
- Erneuerbare Energien,
- Flächeninanspruchnahme,
- Artenvielfalt,
- Mobilität,
- Ernährung,
- Entwicklungszusammenarbeit und
- Bildung.

Mit dem Fortschrittsbericht 2004 bilanzierte die Bundesregierung ihrerseits die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und setzte zusätzliche Schwerpunktthemen für die zukünftige Nachhaltigkeitspolitik fest. Das Bundeskanzleramt lud un-

terschiedliche Interessengruppen zu Konsultationsgesprächen ein, um den Fortschrittsbericht zu diskutieren. Vertreter/innen von DNR, BUND und NABU nahmen an diesen Gesprächen teil und verfassten gemeinsame Stellungnahmen.

Workshops zur Diskussion über die Nachhaltigkeitsstrategie

Den Umweltverbänden ist es ein wichtiges Anliegen, dass die breite Zivilgesellschaft über den Nachhaltigkeitsprozess informiert ist und die Möglichkeit hat, sich an dem Dialog zu beteiligen. Deshalb wurden seit 2002 mehrere Workshops durchgeführt auf denen Vertreter/innen von Umwelt-, Entwicklungs- und Verbraucherverbänden, Lokale-Agenda-Gruppen sowie Wissenschaftler/innen und Unternehmer/innen die Inhalte und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie diskutierten. In kleineren Workshops und Fachgesprächen konnten gemeinsame Positionen zu speziellen Themen wie Agrarpolitik, Flächenverbrauch, Bildung und Lebensstile entwickelt werden. Die auf diesen Veranstaltungen geführten Diskussionen waren eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der Stellungnahmen.

Mit der Konferenz „Umweltschutz beschäftigt“ griff das Projekt 2005 die neu entbrannte Debatte um „Umweltschutz versus wirtschaftliche Entwicklung“ auf. Wie würde die Bundesregierung die CDU-Parole „Vorfahrt für Arbeit“ umsetzen? Zwar erklären einzelne CDU-Vertreter, dass mit diesem Slogan selbstverständlich zukunftsfähige Arbeitsplätze gemeint seien, aber es steht zu befürchten, dass beispielsweise die Förderung des ökologischen Landbaus nicht vorangetrieben wird, obwohl gerade in diesem Bereich viele Arbeitsplätze entstanden sind.

Nicht ausreichend: Biodiversität in der Nachhaltigkeitsstrategie

Mit dem im August 2005 veröffentlichten „Wegweiser Nachhaltigkeit“ ist die Bundesregierung zwar der Forderung der Umweltverbände nachgekommen, das Thema Biodiversität mit in die Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen, allerdings nicht in ausreichendem Maße. Ein Schwerpunkt der Projektarbeit im Jahr 2006 wird also sein, darauf hin zu wirken, dass der vom Bundesumweltministerium vorgelegte Entwurf der Strategie zur Biologischen Vielfalt verabschiedet und in geeigneter Form in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen wird.

Von der neuen Bundesregierung erwarten die Umweltverbände, dass sie an den bereits festgelegten Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie festhält. Grund zur Besorgnis haben sie: Im Koalitionsvertrag fehlt zum Beispiel eine klare Aussage zur Erhöhung des Anteils des Bio-Landbaus. Und da Ziel, bei einer EU-weiten Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 in Deutschland einen Schritt weiter zu gehen und die Emissionen um 40 Prozent zu senken, ist bereits durch eine unverbindliche Formulierung ersetzt worden.

Regierung muss sich wachstumskritischer positionieren

Immerhin: Die im Rahmen des Nachhaltigkeitsprozesses entwickelten Strukturen bleiben bestehen. Der im Bundeskanzleramt verankerte Staatssekretärsausschuss („Green Cabinet“), der Rat für Nachhaltige Entwicklung und der Parlamentarische Beirat werden ihre Arbeit fortführen. Auch soll die Strategie selbst weiter entwickelt werden.

Aus Sicht der Verbände muss sich die Regierung mit der Nachhaltigkeitsstrategie künftig wachstumskritischer positionieren und die ökologischen wie sozialen Grenzen des derzeitigen Wirtschaftssystems ehrlicher darlegen. Auch ist bisher eine Integration der Nachhaltigkeitsziele in die Ressortpolitik nicht ausreichend gelungen. Inhaltlich fehlen in der Nachhaltigkeitsstrategie Debatten um Geschlechter-Aspekte und Lebensstile sowie ein Bildungskonzept, das sich am Nachhaltigkeitskonzept orientiert. ■

Autorin: Annette Littmeier, DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie

• Weitere Informationen

DNR, Annette Littmeier, Berlin
Tel. 030 / 44339188
eMail: annette.littmeier@dnr.de

NABU, Maria Elander, Berlin
Tel. 030 / 28498440
eMail: maria.elander@nabu.de

BUND, Daniel Unsöld, Berlin
Tel. 030 / 27586462
eMail: daniel.unsoeld@bund.net

www.nachhaltigkeits-check.de

Behörden missachten Öffentlichkeitsbeteiligung

Präzedenzfall in Leipzig: Abholzung im Elsterbecken

Es steht im Koalitionsvertrag: Planverfahren sollen in Deutschland schneller durchgeführt werden. Im Wahlkampf deutete sich bereits an, dass die CDU eine Demontage des deutschen Umwelt- und Planungsrechts anstrebt - auch wenn dies gegen geltende europäische Richtlinien verstößt. Dass erhöhte Effizienz auf Kosten der Öffentlichkeitsbeteiligung geht, wird ausgeklammert. Doch nun der erste Präzedenzfall: In Leipzig wurde einem Naturschutzverband die Beteiligung an einer Planung mit massiven Auswirkungen auf ein Schutzgebiet verweigert.

Im vergangenen September hatte die Talsperrmeistererei (TSM) Untere Pleiße begonnen, eine Gewässerinsel im Leipziger Elsterflutbecken abzuholzen und abzubaggern. Angeblich zum Zweck des Hochwasserschutzes soll dieses Biotop vollständig beseitigt werden, obwohl dort so seltene Arten wie Eisvogel und Flußregenpfeiffer siedeln.

Hochwasserschutz vorgeschoben

Ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung wurde nicht durchgeführt. Die Lage der betroffenen Insel in einem Landschaftsschutzgebiet und einem europäischen Vogelschutzgebiet macht aber eine Beteiligung der Öffentlichkeit, somit auch der Naturschutzverbände, an sich zwingend erforderlich. Mit Hinweis auf die angebliche Hochwasserschutzrelevanz wurde sie allerdings von Beginn an abgelehnt.

Der anerkannte Umweltverband „Ökolöwe“ (Grüne Liga Leipzig) reichte noch im September beim Verwaltungsgericht einen Antrag auf Einstellung der Arbeiten ein. Daraufhin wurden mit sofortiger Wirkung sämtliche Arbeiten gestoppt, was die TSM dazu veranlasste, vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht Widerspruch einzulegen. Das OVG erklärte in seinem Beschluss vom 5.12.2005 die Abholzungen und Abbaggerung der Gewässerinsel für zulässig, ohne dass die behauptete Hochwassergefahr bestätigt werden konnte. Auch Gutachten von anerkannten Wissenschaftlern, die vor einer ökologischen Katastrophe bei Arbeiten im durchflossenen Zustand warnen, wurden nicht berücksichtigt. Sie belegen die hohe

Schwermetallbelastung der Ablagerungen, die aus der DDR-Industrie stammen.

Schwerwiegende Folgen des Urteils befürchtet

Entsprechend groß ist die Empörung bei den Umweltschützern. Ökolöwe-Geschäftsführer Philipp Steuer: „Es kann nicht sein, dass es das Gericht nicht für nötig erachtet, auf unsere zahlreichen wissenschaftlichen Studien überhaupt einzugehen!“ Mehrfach habe das Gericht befunden, dass die Gegenargumente „keiner weiteren Erörterung“ bedürften, obwohl alle Studien von renommierten Forschern erstellt worden seien, die seit Jahren mit der TSM zusammenarbeiten. „Anscheinend reicht eine nicht vorhandene Hochwassergefahr, um die Grundsätze des Wasserhaushaltsgesetzes, des Naturschutzgesetzes, des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes sowie der maßgeblichen europarechtlichen Vorschriften auszuhebeln“, so Steuer.

Die Folgen des Urteils, die letztlich das Vorgehen der TSM billigen, könnten weitreichend sein. „Das Urteil könnte als Signal verstanden werden, künftig kaum begründete angebliche ‚Unterhaltungsmaßnahmen‘ vorzuschieben, um den Gewässernaturschutz völlig auszuhebeln, während Bauherren und Gerichte bewiesene ökologische Gefahren ignorieren können“, konstatiert Philipp Steuer enttäuscht.

Gericht: Fehlende Verbände-Beteiligung „unerheblich“

Besonders bedenklich in dem Verfahren ist die Tatsache, dass das Gericht die fehlende Beteiligung der Umweltverbände bei einem Eingriff in ein Schutzgebiet als unerheblich erachtete. Damit wurde europäisches Recht gebrochen, da die so genannte Århus-Konvention ignoriert wurde. Laut deren Artikel 6 ist die Bevölkerung über Planungen, die ein Beteiligungsverfahren vorsehen, umfassend zu informieren; aber auch „beteiligungsfreie“ Vorhaben, die „erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können“, sind bekannt zu geben. Dem wurde in keiner Weise entsprochen.

Der Ökolöwe erwägt nun, Beschwerde bei der EU-Kommission wegen der Vernichtung der wertvollen Lebensräume in dem europäischen Vogelschutzgebiet einzureichen. Neben den rechtlichen Mitteln will der Umweltverband auch vor Ort aktiv werden. Wasser- und vor allem Sediment-

Lokaler Naturschutzverein bittet um Unterstützung

► Für die EU-Beschwerde, für die Sedimentproben und für die weiteren Aktionen bittet der Naturschutzverein Ökolöwe um Hilfe jeglicher Art. „Da wir als lokaler Umweltverein für die Region Leipzig nur über eine begrenzte Mitgliederzahl verfügen und unsere finanziellen Mittel entsprechend knapp sind, würden wir uns über Geldspenden sehr freuen. Aber auch jede andere Form der Unterstützung ist willkommen, seien es rechtliche Tipps und Hinweise oder aufmunternde Worte“, schreibt der Ökolöwe. Der DNR schließt sich dem Aufruf mit Nachdruck an und ruft alle Mitglieder und Leser/innen zur Unterstützung auf. (mb)

proben sollen bestimmt und so die Kontamination der Ablagerungen nachgewiesen werden.

Als anerkannter Naturschutzverein fordert der Ökolöwe Verwaltung und Gerichte auf, sich an die europäischen Regelungen zu halten. Philipp Steuer, Geschäftsführer des Vereins: „Die Planer sollten keinesfalls so tun, als wäre unser verhältnismäßig kleiner Verein schlecht informiert über die rechtlichen Möglichkeiten. Ein Taktieren und Verheimlichen, das stark an längst vergangene DDR-Zeiten erinnert, kann vor den Augen der Europäischen Kommission kaum Bestand haben.“ ■

Gastautorin: Anja Naschokin, Ökolöwe e.V.

• Weitere Informationen

Ökolöwe - Umweltbund Leipzig (Grüne Liga), umweltpolitischer Sprecher Enrico Vlach, Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig
Tel. 0341 / 3065-186, -370, Fax -179
eMail: umweltpolitik@oekoloewe.de
www.oekoloewe.de
Spendenkonto: 1121131561, Sparkasse Leipzig, BLZ 86055592

Hessische Landesbehörde verweigert Akteneinsicht

Fachbeamte erscheinen nicht zum Flughafen-Erörterungstermin

Der BUND Hessen hat kritisiert, wie sich die Anhörungsbehörde des Landes gegenüber den Einwendungen zum Frankfurter Flughafenausbau verhält. Nach Angaben des Umweltverbandes verweigerte die Behörde auch nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Kassel den Betroffenen Akteneinsicht. Das sei ein in Deutschland einmaliger Vorgang, sagte die Anwältin, die den BUND vertritt.

Die Rechtslage sieht vor, dass die Anhörungsbehörde, in diesem Fall das Regierungspräsidium Darmstadt, die Einwendungen und Stellungnahmen zum Planfeststellungsverfahren mit dem Antragsteller, den Einwendern und den Behörden erörtern. Allerdings können die Beamten vom Gericht nicht zur Teilnahme an der Anhörung gezwungen werden. Das dürfte aber die Landesregierung in Wiesbaden. Da diese aber die Staatsdiener nicht zur Teilnahme am Erörterungstermin verpflichtete, vermutet der hessische BUND „Vertuschungsabsicht“ dahinter. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND Hessen, Thomas Norgall, Naturschutzreferent, Triftstr. 47, 60528 Frankfurt/Main
Tel. 069 / 677376-14, Fax -20
eMail: thomas.norgall@bund.net
www.bund-hessen.de

Umweltzerstörung ungebremst

BUND zieht kritische Bilanz für 2005

Der BUND hat für das vergangene Jahr eine wenig erfreuliche Bilanz gezogen. Vor allem Klimaerwärmung, Flächenversiegelung und Artensterben seien 2005 ungebremst weiter gegangen, kritisierte der Umweltverband. Bereits jetzt gelte das vergangene Jahr als das heißeste, stürmischste und trockenste seit Beginn der meteorologischen Aufzeichnungen. Weltweit seien 13 Millionen Hektar Tropenwald vernichtet und rund 20.000 seltene Tier- und Pflanzenarten ausgelöscht worden.

In Deutschland seien 2005 rund 30.000 Hektar Fläche neu versiegelt und über 800 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre ausgestoßen worden. Dazu kämen EU-weit 400.000 Tonnen Feinstaub aus dem Verkehr und rund eine Million Tonnen gefährlicher Chemikalien. Das Ziel, die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 25 Prozent zu reduzieren, habe Deutschland um fast zehn Prozentpunkte verfehlt.

Lichtblicke: Klima- und Naturschutz

Positiv bewertete der BUND das Inkrafttreten des Kyoto-Klimaschutzabkommens und den Start der UN-Initiative zum Schutz des Wassers Anfang 2005. Auch die Sicherung von 125.000 Hektar ehemals militärisch oder von der Braunkohleindustrie genutzter Flächen für den Naturschutz und neue Gesetze zur Hochwasservorsorge und zur Sicherung gentechnikfreier Lebensmittel zählten nach Ansicht des Umweltverbandes zu den Lichtblicken des Jahres.

Themen 2006: Gentechnik und Klima

2006 will der BUND den Schwerpunkt auf die Themen Gentechnik, Tierhaltung und eine wirksame Klimaschutzpolitik legen. Weitere TOP-Themen für 2006 seien die Sicherung der Biotopkette „Grünes Band“ entlang der früheren deutsch-deutschen Grenze und der 20. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: info@bund.net
www.bund.net

Lesenswert

Ökologische Sicht auf Stadtumbau und Leerstandsentwicklung

Schrumpfende Städte, Regionen und Wohngebiete werden auf Grund des zunehmenden Bevölkerungsrückgangs künftig in ganz Deutschland verstreut zu finden sein. In zwei Jahrzehnten wird es nicht nur überwiegend in strukturschwachen Gebieten leer stehende Wohnungen und Gebäude geben, sondern der Leerstand wird sich in einzelnen teilstädtischen Räumen zu einem dauerhaften Problem im gesamten Bundesgebiet entwickelt haben. Die Autor/innen zeigen die veränderte Nachfrage am Wohnungsmarkt und analysieren die Auswirkungen auf Städte und Wohngebiete. Sie stellen die Entwicklung an zahlreichen Beispielen aus ostdeutschen Städten dar. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen dabei in erster Linie umweltrelevante Aspekte der Flächen-, Energie- und Rohstoffnutzung. Das Buch richtet sich an Städtebauer, Politiker/innen und Architekt/innen sowie an Beschäftigte in Umweltämtern und der kommunalen Verwaltung. (if)

Clemens Deilmann, Ruth Böhm, Karin Gruhler: Stadtumbau und Leerstandsentwicklung aus ökologischer Sicht, Oekom Verlag, München 2005, 100 Seiten, 19,50 Euro, ISBN 3-936581-71-1

Die ökologische Wende der EU-Regionalpolitik

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Differenzierung beleuchtet der Autor die Probleme, die bei der Anwendung von Umweltindikatoren in der regionalen Wirtschaftsförderung auftauchen. Für seine empirische Untersuchung im Ziel-2 Gebiet der EU-Strukturfonds in Nordrhein-Westfalen entwickelt er in Anlehnung an die soziologische Systemtheorie das Konzept der Resonanz. Resonanz bezeichnet die aktive Reaktion von sozialen Systemen auf Umweltprobleme als Voraussetzung für eine zielorientierte Umweltpolitik. Am Beispiel der umweltpolitischen Indikatoren des Lissabon-Prozesses der Europäischen Union wird die regionale Resonanz von Indikatoren in verschiedenen Policy-Netzwerken nachgewiesen und miteinander verglichen. Das Ergebnis der Dissertation zeigt, dass differenzierte Policy-Netzwerke gegenüber ökologischen Herausforderungen in NRW erfolgreich eine ökologische Wende der EU-Regionalpolitik einleiten. (if)

Philipp Schepelmann: Die ökologische Wende der EU-Regionalpolitik - Die regionale Resonanz von umweltpolitischen Indikatoren des Lissabon-Prozesses der Europäischen Union, Studien zur Umweltpolitik, Band 8, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2005, 346 Seiten, 89,- Euro, ISBN 3-8300-2146-1

Beispiele aus dem täglichen Leben zu Umwelt und Gesundheit

Die Broschüre gibt den aktuellen Wissensstand zu Themen an der Schnittstelle von Umwelt- und Gesundheitsschutz wieder: Feinstaub, Lärm, Mobiltelefone und gesunde Lebensmittel. Sie gibt auch konkrete Hinweise, was gegen umweltbedingte Gesundheitsrisiken getan werden muss und kann. Die Broschüre erfüllt eine Forderung des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG), die interessierte Öffentlichkeit besser über gesundheitliche Folgen möglicher Umwelteinwirkungen zu informieren. Untersucht wurden beispielsweise die EU-Feinstaubrichtlinie und die Umgebungslärmrichtlinie. Die Broschüre informiert außerdem über neue Erkenntnisse zu unerwünschten Stoffen in Lebensmitteln und betrachtet das Ernährungsverhalten Kinder und Jugendlicher. (if)

Umwelt und Gesundheit in Deutschland - Beispiele aus dem täglichen Leben, Ausg. 2005, 120 S.; Hrsg./Bezug: Umweltbundesamt, uba@broschuerenversand.de, www.umweltbundesamt.org/fpdf-1/2975.pdf

Daten zur Umwelt 2005

„Daten zur Umwelt“, die umfassende Umweltdatensammlung für Deutschland, informiert über Trends, Ziele, Maßnahmen und den ökologischen Strukturwandel. Der Bericht 2005 orientiert sich in Anlehnung an das 6. Europäische Umweltaktionsprogramm am zu schützenden Gut und ist daher in die Kapitel Klima, Umwelt, Gesundheit/Lebensqualität, Umweltmedien/Ökosysteme und Ressourcennutzung/Abfallbewirtschaftung gegliedert. So werden diese Umweltaspekte gemeinsam betrachtet und die politischen Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung besser abgebildet. Aufgezeigt werden die Umweltgefährdungen durch die verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren und die entsprechenden politischen Instrumente und Maßnahmen für einen umsichtigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Außerdem gibt der Band Hinweise zur Ge-

sundheit und Lebensqualität, beschreibt die Qualität von Umweltmedien und Ökosystemen und zeigt, wie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen die Umwelt entlastet. (if)

Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 2005 - Der Zustand der Umwelt in Deutschland, Erich Schmidt Verlag, 8. Ausgabe 2005, 352 Seiten, 46,80 Euro, ISBN 3 503 09057 6

Frauenansichten 2006 - Ein Lesekalender zur biologischen Vielfalt

Das Bundesumweltministerium hat die „Erfahrungen, Einschätzungen und Visionen“ von 15 Frauen zu biologischer Vielfalt in einem Lesekalender herausgegeben. Die Spannweite der „Frauenansichten“ reicht von Bionik über Trinkwasserversorgung, die Biodiversitätskonvention, Umweltbildung, Gärten, Ernährung und Finanzen bis hin zu kulturellen Weiblichkeiten und Männlichkeiten. Die Frauen selbst stammen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen: aus Wissenschaft, Religion, Politik, Verbänden und anderen Bereichen. Alle haben sie in ihrem Arbeitsalltag Berührungspunkte mit dem Thema biologische Vielfalt. (jg)

Frauenansichten 2006 - Ein Lesekalender zur biologischen Vielfalt - Erfahrungen, Einschätzungen, Visionen; Hrsg./Bezug: Bundesumweltministerium, Berlin, service@bmu.bund.de, www.bmu.de

Gegen das Diktat der Werbung

Medien- und Konsumwelt haben nichts mehr mit dem bürgerlichen Freiheits- und Wirklichkeitsanspruch zu tun, genauso wenig wie die Illusion vom ewigen Wachstum. Diese These vertritt der Autor Kalle Lasn in der deutschen Erstausgabe seines Kultbuchs „Culture Jamming“. Er kritisiert die körperlichen und seelischen Fehlentwicklungen durch steigendes Konsumverhalten sowie die emotionale Bindung an Konsumgüter. Der Medienaktivist entwirft neue Formen des Protests gegen Monopol- und Konzernmacht und zur Befreiung vom Diktat der Werbung, um das „Recht auf Kommunikation“ und Mündigkeit umzusetzen. Lasn kritisiert den durch die allgegenwärtige Informationsflut hervorgerufenen Empathie- und „Ich“-Verlust. Sowohl Konzerne und Aktionäre als auch jeder Einzelne sollen Verantwortung übernehmen. Gegen die „Unterwürfigkeit gegenüber Konzernen“ ruft Lasn zum zivilen Ungehorsam auf. „Jeder Kauf einer

Dose Coke oder einer aus Chile eingeflogenen Nektarine löst eine multinationale Kettenreaktion aus, vor der wir einfach nicht die Augen verschließen können.“ (if)

Kalle Lasn: Culture Jamming - Die Rückeroberung der Zeichen, orange-press Verlag, Freiburg 2005, 224 Seiten, 20,- Euro, ISBN 3-936086-22-2

■

Deutschland erneut wegen FFH-Richtlinie verurteilt

Europäischer Gerichtshof bemängelt Umsetzung in deutsches Recht

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 10. Januar Deutschland in der Rechtsache C-98/03 verurteilt, da einige zentrale Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL)³ von 1992 nicht ordnungsgemäß in deutsches Recht übernommen worden sind. Deutschland war schon 1997 wegen der schleppenden Umsetzung der FFH-Richtlinie in deutsches Recht verurteilt worden; erst 1998 hatte die Bundesregierung auf Druck aus Brüssel die Inhalte der Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen.

NABU begrüßt Urteil

Der Naturschutzbund (NABU) begrüßte die Verurteilung Deutschlands durch den EuGH und forderte die neue Bundesregierung auf, die vom EuGH bemängelten Defizite im deutschen Recht endlich zu beheben. Dazu müssten nach Auffassung des Gerichtshofes vor allem der Schutz von ausgewiesenen Schutzgebieten des europäischen Netzes „NATURA 2000“ sowie der Schutz europaweit gefährdeter Arten wie Fledermaus oder Wildkatze wesentlich verbessert werden. „Bundesregierung und alle Landesregierungen betonen stets, das EU-Recht 1:1 umsetzen zu wollen - diesen Worten müssen jetzt auch Taten folgen“, erklärte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Im Hinblick auf die geplante Föderalismusreform mahnte der NABU an, EU-Recht auch im Naturschutz weiter einheitlich auf Bundesebene zu regeln, da es nicht zu Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung beitrage, sich mit 16 unterschiedlichen Landesregelungen auseinandersetzen zu müssen.

Deutschland droht weitere Klage

Eine weitere Klage vor dem EuGH droht Deutschland, sofern bis Ende Februar keine vollständige Liste der FFH-Gebiete in Brüssel vorliegt. Seit Jahren verzögern die Bundesländer die Meldung von Schutzgebieten nach der FFH-Richtlinie - aus Angst vor Auflagen. Da Deutschland 2001 schon einmal verurteilt worden ist und die Auflagen bisher nicht erfüllt hat, wird es jetzt teuer. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) schätzt das Zwangsgeld auf

790.000 Euro pro Tag, während Claus Mayr, EU-Experte beim NABU, sogar eine Milliardenbuße für nicht ausgeschlossene hält, weil die Richter eine rückwirkende Strafe verhängen könnten. Nachdem Deutschland bis zum ersten EuGH-Prozess nur 700 Gebiete gemeldet hatte, ist die Liste durch den permanenten Druck aus Brüssel und die Arbeit von Naturschutzverbänden inzwischen auf 3.800 und gut neun Prozent der Landesfläche angewachsen.

Verantwortliche Bundesländer sollen selbst für Meldeversäumnisse zahlen

Schuld an der Verzögerung sind die für Naturschutz zuständigen Bundesländer. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat angekündigt, dass die säumigen Bundesländer für mögliche Strafzahlungen selbst aufkommen müssen. So haben die Länder aus Furcht vor Einschränkungen bei Ausbau und Vertiefung die Flussmündungen von Elbe, Weser, Ems und Trave sowie den Rhein nicht nach Brüssel gemeldet. Aufgrund des Fehlens deutscher Flussmündungen konnte die EU die Atlantikregion noch nicht bewerten. Dank der Schattenlisten der Umweltverbände ist Brüssel über die schutzwürdigen Gebiete gut informiert.

Schutzgebietsvorschläge von BUND und WWF an Niedersachsen

Mit Hilfe von zwei ausgearbeiteten Vorschlägen für FFH-Gebiete wollten BUND und WWF Ende Dezember Niedersachsen bei der erforderlichen Nachmeldung von Schutzgebieten an die EU unterstützen. Niedersachsen steht nach Ansicht der Umweltverbände besonders unter Druck, da es bislang nur 6,6 % der Landesfläche statt dem bundesdeutschen Schnitt von 9,3 % als FFH-Gebiete ausgewiesen hat. Bei den zwei Vorschlägen der Umweltverbände handelt es sich um ein Gebiet an der Unterems, das als das wertvollste Flussmündungsgebiet Niedersachsens gilt, sowie um den nordwestlichen Ausläufer des Wiehengebirges, das dem Fledermausschutz dienen soll.

EU fordert: Rhein in NRW soll FFH-Gebiet werden

Auch Nordrhein-Westfalen droht wegen der Nichtmeldung des Rheins als FFH-Gebiet eine Millionenstrafe aus Brüssel. Die EU-Kommission fordert, den Strom von Bad Honnef bis zur holländischen Grenze komplett als FFH-Gebiet auszuweisen, anstatt nur streckenweise Fischrue-

zonen einzurichten. Bis zum 19. Februar soll NRW das Gebiet nachmelden. Andernfalls will die EU-Kommission Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einreichen.

Um die drohenden Strafzahlungszahlungen des Landes an die EU abzuwenden, wurde Anfang Januar eine Kompromisslösung erarbeitet, die aber weit hinter den Erwartungen der Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU zurück bleibt. Danach werden nur knapp 30 % der ursprünglichen EU-Forderung erfüllt. Die Naturschutzverbände sprachen von einer überzogenen Panikmache der Wirtschaft, da auch nach Ausweisung als FFH-Gebiet Maßnahmen zur Eindämmung der Sohlerosion des Rheines sowie Unterhaltungsmaßnahmen zur Sicherung der Sohlentiefe des Rheins von 2,50 m Wassertiefe toleriert werden sollen.

Im Gegensatz zu NRW haben die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz bereits 2003 ganze Flussabschnitte des Rheins als FFH-Gebiete an die EU gemeldet. NRW liegt mit seinen gemeldeten Gebieten prozentual gesehen auf den unteren Plätzen der Bundesländer. Die vorgelegte Schattenliste für NRW umfasst etwa die doppelte Anzahl der letztlich gemeldeten Gebiete. Nun bleibt abzuwarten, ob mit dieser Nachmeldung die drohende Klage abgewendet ist. ■

Autorin: Bjela Vossen, DNR, EU-Koordination

• Weitere Informationen:

NABU, Claus Mayr, EU-Naturschutzrechtsexperte, Bonn
Tel. 0228 / 4036-166, Fax -203
eMail: claus.mayr@nabu.de
www.nabu.de

Urteil:
www.europa.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de
(Aktenzeichen: C-98/03)

Weitere Quellen: taz 22.12.2005;
www.nabu.de/m06/m06_04/04515.html
www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02834/
http://linkszeitung.de/content/view/6034/58/
PM NABU-NRW, 05.01.2006

³ Die FFH-Richtlinie von 1992 soll dabei helfen, ein Netz natürlicher Lebensräume zu erhalten und den Artenschwund bis 2010 zu stoppen.

2006: Jahr der Naturparke

Bundesweite Veranstaltungen der 95 Naturparke geplant

Der Verband Deutscher Naturparke (VDN) hat gemeinsam mit Europarc Deutschland eine Kampagne der 95 Naturparke Deutschlands gestartet. Das „Jahr der Naturparke“ steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler. Es ist gleichzeitig die erste Kampagne der neuen Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“, unter der sich seit November 2005 alle deutschen Großschutzgebiete - Naturparke, Nationalparke und Biosphärenreservate - präsentieren.

Die Naturparkregionen nehmen ein Viertel der Fläche der Bundesrepublik ein und verbinden den Schutz und die Nutzung von Natur und Landschaft miteinander. Sie sollen zu Modellregionen für nachhaltiges Leben, sanften Tourismus und umweltschonende Landnutzung entwickelt werden.

Zahlreiche Veranstaltungshöhepunkte

Zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen finden 2006 bundesweit statt. Die Messe Reisepavillon Anfang Februar in Hannover stand unter dem Motto „Natürlich Naturparke“. Die Internationale Tourismusbörse (ITB) vom 8. bis 12. März in Berlin, der Deutsche Naturschutztag vom 29. Mai bis 2. Juni in Bonn und der Deutsche Wandertag vom 12. bis 17. Juli in der Eifel sind weitere Veranstaltungen, auf denen die Naturparke ihre Angebote vorstellen.

„Wir wollen zeigen, dass es sich lohnt, diese herrlichen und wertvollen Landschaften zu entdecken und zu erhalten“, erläuterte VDN-Präsident Herbert Günther ein Hauptanliegen des Naturparke-Jahres. Gefördert wird das Jahr der Naturparke durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesumweltministeriums. (if) ■

• Weitere Informationen

Verband Deutscher Naturparke (VDN),
Görresstraße 15, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 921286-0, Fax -9
eMail: info@naturparke.de
www.naturparke.de
www.nationale-naturlandschaften.de

Nationales Naturerbe wird gesichert

Bundesregierung verhängt

Verkaufsstopp für Naturschutzflächen

Die Bundesregierung hat einen Verkaufsstopp für wertvolle Naturschutzflächen in Bundesbesitz verhängt. „Gemeinsam mit den Ländern werden wir nun die Flächen festlegen, die das nationale Naturerbe Deutschlands im europäischen und internationalen Kontext repräsentieren“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) Anfang Januar. Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, bis zu 125.000 Hektar bedeutsamer Naturschutzflächen unentgeltlich an die Länder oder eine Bundesstiftung zu übertragen. Ziel ist die Sicherung des nationalen Naturerbes.

Dem Verkaufsstopp unterliegen alle gesamtstaatlich repräsentativen Naturschutzflächen, die sich im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft und der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft befinden. Dazu gehören nach Mitteilung des Umweltministeriums auch die Flächen des früheren deutsch-deutschen Grenzstreifens. Ein Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die Eigentum des Bundes sind, erfolge bis auf weiteres nur unter Einbeziehung der Länder.

DNR will Liste national bedeutsamer Naturschutzflächen erstellen

Die Grünen sowie der DNR und weitere Umweltverbände begrüßten die Entscheidung. Damit würden die Bemühungen der rot-grünen Bundesregierung weitergeführt und das nationale Naturerbe langfristig gesichert, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Undine Kurth. Der DNR kündigte an, in den kommenden Monaten eine eigene Liste national bedeutsamer Naturschutzflächen zu erstellen. „Wir werden sehr genau darauf achten, dass die im Koalitionsvertrag genannte Flächenkulisse von 125.000 Hektar auch wirklich ausgeschöpft wird“, sagte DNR-Vizepräsident Leif Miller. ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Globale Allianzen für den Schutz der Tropenwälder

Fachkonferenz von Konrad-Adenauer-Stiftung und DNR tagte in Berlin

Am 5. Dezember 2005 führten die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Deutsche Naturschutzring (DNR) gemeinsam eine internationale Fachkonferenz zum Thema Tropenwaldschutz durch. Die Veranstaltung fand am internationalen Freiwilligentag der Vereinten Nationen statt, um auch das vielfältige und weltweite zivilgesellschaftliche Engagement im Naturschutz zu würdigen.

Biodiversität und Bildung für Nachhaltigkeit

DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen wies in seiner Eröffnungsrede auf die 8. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention hin, die vom 20. bis 31. März 2006 in Curitiba (Brasilien) abgehalten wird. Hier spiele der Tropenwaldschutz ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen (NGO) sei auch hier ein wesentlicher Bestandteil. Röscheisen bekräftigte die Bedeutung der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von 2005 bis 2014, an der sich alle Institutionen unbedingt beteiligen sollten.

Werner Böhler, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, hob den Beitrag der politischen Stiftungen zur Demokratieförderung und zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit in den Entwicklungs- und Schwellenländern der Tropen hervor. Die Schaffung entsprechender politischer Rahmenbedingungen sei für den Tropenwaldschutz eine wesentliche Voraussetzung.

Zustand der tropischen Wälder weltweit immer kritischer

João Meirelles Filho, Vorsitzender der NGO Instituto Peabiru und Buchautor zur Umweltsituation in Amazonien, machte auf den bedrohlichen ökologischen Zustand der Tropenregionen der Erde aufmerksam. Über eine Milliarden Menschen lebten in den Tropen. Durch den wachsenden Siedlungsdruck sowie vor allem durch immer weiter fortschreitende landwirtschaftliche Aktivitäten komme es zu einem anwachsenden Verlust von primärem Tropenwald. Damit verbunden sei ein Rückgang der biologischen Artenvielfalt sowie eine immer größere Bedrohung der indi-

genen Völker. Meirelles erinnerte daran, dass es ursprünglich in Amazonien 6.000 Sprachen gab. Heute seien es nur noch rund 100. Der Verlust an Ethnodiversität werde leider allzu oft in der Diskussion vergessen.

Im brasilianischen Teil Amazoniens leben heute rund 23 Millionen Menschen und 60 Millionen Rinder. Amazonien werde buchstäblich aufgefressen. Heute machen die tropischen Wälder Amazoniens rund zwei Drittel der gesamten Tropenwälder auf unserem Planeten aus. Rund 90 Prozent aller Abholzungen im brasilianischen Amazonasgebiet seien illegal, sagte Meirelles. Diese Zahl mache deutlich, wie schwach der gesetzliche Vollzug und die staatliche Präsenz in dieser Region seien.

Verantwortungsgemeinschaft für den Naturschutz nötig

In ähnlicher Weise bestätigte Mark Obi, Mitglied des Landesparlamentes von Cross River in Nigeria, dass auch in seinem Land die Expansion der landwirtschaftlichen Flächen für die zunehmende Abholzung der Tropenwälder verantwortlich gemacht werden muss. Erleichtert werde dieser Prozess durch Korruption in allen Segmenten der Gesellschaft. Allerdings dürfe auch nicht vergessen werden, dass der Hunger ein Hauptmotiv sei, die vorhandene Gesetzgebung nicht zu beachten und primär für das eigene Überleben zu sorgen. Obi bekräftigte die globale Verantwortung aller Völker, sich für den Schutz der Tropenwälder einzusetzen. Verantwortlicher Ökotourismus könne dabei ein wichtiger Beitrag der industrialisierten Länder zum Naturschutz und zur Armutsminderung in den Entwicklungsländern der Tropen sein.

Ewa N. Usang, Professor für Umweltbildung an der Universität Calbar (Nigeria), betonte, die Ignoranz der Menschen sei leider ohne Grenzen. Umweltbildung sei ein wichtiger Schlüssel, um diese Ignoranz über die ökologische Bedeutung der Regenwälder zu bekämpfen. Mittlerweile seien im Südosten Nigerias die tropischen Wälder zu 90 Prozent zerstört. Die Weltgemeinschaft müsse sich der Armutsthematik unbedingt verstärkt annehmen, sagte Usang. Rund 80 Prozent in seiner Heimat müssten mit einem Betrag von einem US Dollar pro Tag überleben.

Malaysia propagiert eigenes Zertifizierungsverfahren

Dahlan Bin Taha, Direktor der Forstverwaltung von Kelantan (Malaysia), hob die Anstrengungen seines Staates zum Schutz der tropischen Wälder hervor. Hierzu seien umfangreiche Maßnahmen für eine nachhaltige Forstwirtschaft und vor allem eine intensive Planung ergriffen worden. Dazu gehöre auch die Schaffung einer eigenen Zertifizierung. Rund 6,7 Millionen Hektar Wald seien bereits nach diesem nationalen Verfahren zertifiziert worden. In der Diskussion kritisierte ein Vertreter von Robin Wood diesen nationalen Alleingang. Die Umweltorganisationen bevorzugten die Verbreitung der Zertifizierungsstandards des Forest Stewardship Council (FSC).

Abholzungstempo in Indonesien nimmt rasant zu

Die Abholzung in Indonesien schreitet nach Rinekso Soekmadi, Professor für Forstwirtschaft an der dortigen Bogor-Universität, immer schneller voran. So wurden in den 80er Jahren noch durchschnittlich eine Million Hektar Wald pro Jahr abgeholzt. In den 90er Jahren erhöhte sich dies auf 1,7 Millionen Hektar. Von 1996 bis 2003 schnellten die Zahlen von 2,0 auf 3,8 Millionen Hektar pro Jahr hoch. Der Verlust an Biodiversität sei ähnlich alarmierend wie auf den anderen Kontinenten. Papua gilt dabei als wichtigste Bioregion Indonesiens.

Tropenwaldschutz bleibt auf der entwicklungspolitischen Agenda

Karin Foljanty vom Referat Südamerika des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hob die Bedeutung Brasiliens als globaler Partner für den Tropenwaldschutz hervor. Die deutsche Bundesregierung habe den Schutz der tropischen Wälder Amazoniens seit 1994 mit rund 300 Millionen Euro gefördert. Zu nennen sei hier besonders das „Pilotprogramm zur Bewahrung der tropischen Regenwälder Brasiliens“ (PPG7). Deutschland werde sein Engagement auch weiterhin in Kooperation mit den brasilianischen Partnern vor allem bei der Ausweisung von Naturschutz- und Indianerschutzgebieten sowie dem Aufbau einer nachhaltigen Regionalentwicklung und Raumordnungspolitik fortsetzen.

Christian Ruck, Bundestagsabgeordneter (CSU) und Mitglied im Entwicklungsausschuss des deutschen Bundestages, hob

hervor, dass im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ausdrücklich der Schutz der Biodiversität erwähnt wird. Weiterhin sei es Ziel, den Schutz der Primärwälder im Kyoto-Protokoll zu verankern. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sei eine Koordinierung der Geberländer bzw. -institutionen unerlässlich, um beispielsweise die Empfängerländer in die Lage zu versetzen, eine gute Regierungsführung zu etablieren.

Kommunen sind den Verbrauchern am nächsten

Nach Ansicht von Gerhard Osadnik, der das Referat für Umwelt in der Stadtverwaltung von Gelsenkirchen leitet, haben die Städte und Gemeinden den direktesten Draht zu den Konsumenten. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit seien daher wesentlicher Bestandteil der Arbeit der kommunalen Umweltämter. Der Zusammenhang zwischen Verbraucheraufklärung und Regenwaldschutz werde beim Thema Fairer Handel deutlich. Unter dem Motto „Schalke spielt fair“ engagiere sich der Fußballclub Schalke 04 zurzeit gemeinsam mit der Stadt Gelsenkirchen für den Kauf von fair gehandeltem und ökologischem Kaffee. Ebenfalls hervorzuheben sei das Engagement der vielen Nord-Süd-Initiativen. Die Hausaufgaben für den globalen Klimaschutz und die Erhaltung der Artenvielfalt müssten vor Ort gemacht werden. Kommunen sollten dementsprechend die kommunalen Forste nach den Normen des Forest Stewardship Council zertifizieren lassen und das öffentliche Beschaffungswesen nach ökologischen Kriterien ausrichten.

Zivilgesellschaft als wichtiger gesellschaftspolitischer Faktor

Im Rahmen der Rahmen der Entwicklungskooperation, so betonten Christian Ruck und Karin Foljanty, blieben zivilgesellschaftliche Organisationen auch weiterhin wichtige Partner. Ewa Usang und Caetano Scannavino vom Partnerprojekt der Konrad-Adenauer-Stiftung in Santarém am mittleren Amazonas (Brasilien) bestätigten die wichtige Rolle der internationalen Kooperation für die Nichtregierungsorganisationen, um konstant an gesellschaftlichen Veränderungsprozessen teilnehmen zu können. Vielfach fehle in der Politik die Kontinuität. Hier sorgten die NGOs für ein konstantes Engagement im Naturschutz.

Unternehmenskooperationen für den Tropenwaldschutz sinnvoll

Andrea Kohl, Leiterin der Abteilung Naturschutz beim WWF Deutschland, stellte die positiven Erfahrungen im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts zum Regenwaldschutz mit der Brauerei Krombacher im Kongo vor. Das Projekt hat ein Volumen von 2,3 Millionen Euro. Die Bildung von Allianzen mit allen Sektoren der Gesellschaft, sei es global oder lokal, bleibe die Aufgabe aller Beteiligten. Andrea Kohl bekräftigte die Notwendigkeit eines Urwaldschutzgesetzes. Im Beschaffungswesen dürften nur noch nachhaltige, zertifizierte Produkte Verwendung finden. ■

Gastautor: Klaus Hermanns,
Konrad-Adenauer-Stiftung⁴

• **Weitere Informationen**

Konrad-Adenauer-Stiftung, Anja Czymbek, Team Lateinamerika, Berlin
Tel. 030 / 2699635-29, Fax -63
eMail: anja.czymbek@kas.de
www.kas.de

⁴ Klaus Hermanns leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Norden und Nordosten Brasiliens in Fortaleza und war an der Vorbereitung der Konferenz beteiligt. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung ist bundesweit in zwei Bildungszentren und 19 Bildungswerken aktiv. Ihre Auslandsbüros betreuen über 200 Projekte in 120 Ländern.

Ein Schritt vor - ein Schritt zurück

Hilft das „Nationale Waldprogramm Deutschland“ dem Wald?

Im September 1999 wurde in Deutschland mit der Erarbeitung eines Nationalen Waldprogramms (NWP) begonnen. Damit sollte eine der Handlungsempfehlungen des Zwischenstaatlichen Waldausschusses (Intergovernmental Panel on Forests, IPF) umgesetzt werden. Der IPF war 1995 gegründet worden, um die Beschlüsse der Rio-Konferenz in Bezug auf die Waldbewirtschaftung besser umsetzen zu können. Das Bundeslandwirtschaftsministerium lud Vertreter der Bundesländer, von Institutionen, Vereinen und Verbänden zur Teilnahme an diesem Diskussionsprozess über die Ausrichtung der künftigen Waldpolitik der Bundesrepublik Deutschland ein.

Die erste Phase des NWP endete mit einem Streit. Es hatte sich gezeigt, dass man mit dem NWP der Verpflichtung aus dem Vertrag von Rio 1992 nur ungenügend nachgekommen war. Das Papier konzentrierte sich vorwiegend auf die Rolle des Waldes als Holzfabrik. Die überragende Bedeutung von Wäldern als Klimaregler, Hochwasserschutz, Erholungsraum und Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten wurde stark vernachlässigt. Der Einfluss Deutschlands und deutscher Akteure auf die Wälder anderer Länder wurde zu wenig beachtet.

Mehrere Umweltverbände verweigerten dem Papier ihre Zustimmung. Sie forderten im März 2001 die Bundesregierung auf, das Nationale Waldprogramm so zu entwickeln, wie es den Vorgaben und internationalen Vereinbarungen entspricht. Mit dem Appell für ein Nationales Waldprogramm Deutschland wurde eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung gerichtet, die sich für eine zukunftsfähige Waldpolitik stark machen sollte.

Einige dieser Forderungen wurden vor Beginn der 2. Phase des NWP aufgegriffen und wichtige Verfahrensfragen erörtert. Insgesamt fünf Schwerpunktthemen bilden den Rahmen für die insgesamt 182 Handlungsempfehlungen, die bis zum Oktober 2003 erarbeitet wurden und den aktuellen Stand der Diskussion darstellen. Diese Themen sind:

- Wald und internationale Zusammenarbeit/internationaler Handel
- Biodiversität, Waldbewirtschaftung und Naturschutz
- Forstpolitische Instrumentenwahl
- Ökonomische Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft
- Neue Rolle(n) des Waldes

Hausaufgaben benannt - aber was nun?

Die meisten Empfehlungen wurden im Konsens verabschiedet. Einige davon könnten von der Regierung und anderen Verantwortlichen konkret in die Tat umgesetzt werden, manches wurde inzwischen sogar in Angriff genommen. Um den Einfluss des NWP im politischen Raum und in der Öffentlichkeit zu verbessern, beauftragte der 16. Runde Tisch im November 2004 eine Arbeitsgruppe aus dem Teilnehmerkreis damit, eine überschaubare Zahl von Kernempfehlungen zu erarbeiten. Dabei sollten auch konkrete Akteure, Zeitfenster und Indikatoren für die Umsetzung vorgeschlagen werden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden beim 17. Runden Tisch im Dezember 2005 vorgelegt. Doch statt konkreter Handlungsempfehlungen enthielt der Katalog nur 11 zusammenfassende und weitgehend unkonkrete Aussagen. Akteure wurden nicht benannt und weder Zeitpläne noch Indikatoren für die etwaige Umsetzung der Empfehlungen formuliert. Als Argument für den laxen Forderungskatalog wurde die bessere Lesbarkeit und Kürze des Papiers genannt. Das Ziel, der Politik konkrete Forderungen vorzulegen, damit die Situation des Waldes und der Forstbetriebe verbessert werden kann, hatte man völlig aus den Augen verloren. Die Umweltverbände, die im übrigen eine Mitverantwortung für das schwache Ergebnis tragen, lehnten das Papier in der Form ab und forderten Nachbesserungen.

Umsetzung dringend nötig!

Dabei bieten die 182 Handlungsempfehlungen des NWP beste Voraussetzungen für rasches Handeln. Zum Beispiel wenn es darum geht, die Waldnutzung rentabler zu gestalten. Die finanzielle Situation der meisten Forstbetriebe ist in der Tat katastrophal. Doch die an der Arbeitsgruppe beteiligten Forstverbände scheinen nicht in der Lage, für ihre eigenen Interessen einzutreten. So wurde in einer der Kernempfehlungen lediglich gefordert, die Steuer- und Abgabepolitik müsse sich an

den Produktionsbedingungen und der Ertragssituation der Forstbetriebe ausrichten. Diese Forderung wird vom NWP nicht mitgetragen, abgesehen davon, dass sie illusorisch ist. Es wäre ein Leichtes gewesen, an dieser Stelle die Forderung Nr. 164 aus dem NWP schlicht zu übernehmen, die da lautet: „Für die mit Holz konkurrierenden Baustoffe wie Stahl, Aluminium etc. ist die Höhe der direkten und indirekten Subventionen (z.B. vergünstigte Strompreise und Ermäßigungen im Zuge der ökologischen Steuerreform) zu prüfen, offen zu legen und möglichst zu reduzieren. ...“

Allein diese Maßnahme könnte den Wettbewerbsnachteil von Holz gegenüber anderen Baustoffen und Energieträgern verringern. Die Folge wären höhere Holzpreise und höhere Einkünfte für Waldbesitzer. Angesichts knapper öffentlicher Kassen hätte diese Maßnahme sogar beste Chancen auf Erfolg.

Den Umweltverbänden (NABU, Ökologischer Jagdverband, AG Wald des Forums Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Pro Regenwald) gelang es, eine Entscheidung über die schwachen Kernempfehlungen zu verschieben. Im kommenden Jahr soll eine Arbeitsgruppe, an der sich mindestens ein bis zwei Verbände der AG Wald beteiligen werden, das Papier verbessern.

Angst vor der eigenen Courage?

Eine wichtige Forderung konnte erst nach mehrstündiger Diskussion durchgesetzt werden: Jeder der 11 Kernempfehlungen sollten 2-3 konkrete Handlungsempfehlungen aus dem NWP zugeordnet werden, damit die Regierung und andere Verantwortliche wissen, was zu tun ist. Von Seiten der Umweltverbände werden einige Handlungsempfehlungen als besonders wichtig und dringlich betrachtet. Sieben der wichtigsten seien hier genannt (in Klammern die Nummern der Empfehlungen, die unter www.nwp-online.de eingesehen werden können):

- Analyse der Auswirkungen der inländischen Nachfrage auf die Wälder in anderen Ländern und Förderung nachhaltigen Konsumverhaltens ... (18)
- Unterstützung von Gesetzen ... zur Verhinderung rechtswidriger Handlungen in Wäldern, insbesondere von illegalem Holzeinschlag und Wilderei (26)

- Verweigerung von Hermes-Bürgschaften für Investitionen, die zur illegalen Holznutzung und zur Waldzerstörung beitragen (36)
- Gewährleistung, dass bei öffentlicher Beschaffung ausgeschlossen ist, dass Holz oder Holzprodukte aus illegalen Quellen und damit aus Urwaldzerstörung, einschließlich ausgewiesenen Schutzgebieten, stammen (39, 38, 44)
- Beseitigung schädlicher Subventionen, die zur Urwaldvernichtung beitragen, auch im Rahmen von Handelsmaßnahmen und Entwicklungszusammenarbeit (49, 19, 20)
- Bejagung des Schalenwilds mit dem Ziel, den Wildbestand an die natürliche Lebensraumkapazität anzupassen und die natürliche Verjüngung der heimischen Baumarten ... zu sichern ... (79)
- Die Förderung der Forstwirtschaft sollte stärker auf gesellschaftliche und ökologische Leistungen sowie auf eine Stärkung des Ländlichen Raums ausgerichtet werden ... (117)

Ob das Nationale Waldprogramm tatsächlich dazu beitragen kann, die Situation des Waldes und der Forstbetriebe zu verbessern, wird sich 2007 zeigen. Erst wenn konkrete Forderungen an die Politik gestellt werden, wird die Regierung Farbe bekennen müssen: Ist das NWP nur eine spannende Diskussionsrunde oder will die Politik auch umsetzen, was eine Vielzahl bedeutender gesellschaftlicher Interessengruppen von ihr fordert? ■

Autor: László Maráz, Forum Umwelt und Entwicklung, AG Wald

• Weitere Informationen

Forum Umwelt und Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen, László Maráz, Koordinator AG Wald, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn Tel. 0228-359704, Fax -92399356 eMail: agwald@pro-regenwald.de www.forumue.de

Der Beitrag erschien zuerst im Rundbrief 4/2005 des Forums Umwelt und Entwicklung.

Interessantes Naturschutz-Forum im Internet

Information und Diskussion für Akteure und Interessierte

Seit Anfang Januar gibt es die neue Internetseite www.naturschutz-forum.de. In dem Forum können sich Naturschutz-Experten und Interessierte über aktuelle Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen des Naturschutzes austauschen und sich an den Diskussionen beteiligen. Wer Informationen sucht, kann hier fündig werden; und wer Nachrichten und Informationen zum Thema Naturschutz hat, kann diese hier veröffentlichen. Es geht dabei sowohl um theoretische Grundlagen als auch um deren praktische Umsetzung sowie um alle anderen Themen, die für den Naturschutz relevant sind.

Vereine, Organisationen und Stiftungen können sich zudem auf der Seite vorstellen und z. B. Informationen über aktuelle Projekte veröffentlichen. Für Letzteres ist auch die Rubrik „Kolumne“ geeignet. Die Verfasser/innen werden jeweils mit einer kurzen Beschreibung vorgestellt und können Nachrichten und Texte veröffentlichen. Hinzu kommen aktuelle Meldungen, die von externen Anbietern empfangen und automatisiert auf der Startseite veröffentlicht werden. Schließlich gibt es eine Fotogalerie, wo eigene Bilder hochgeladen werden können.

► Betrieben wird die Website ehrenamtlich von mehreren Studenten aus den Studiengängen Naturschutz, Informatik und BWL. Da die Seite erst seit kurzem online ist, sind noch nicht alle Rubriken verfügbar. In der nächsten Zeit soll das Angebot erweitert werden. Hierzu bitten die Initiatoren um die Mitwirkung möglichst vieler Naturschutz-Akteure. (mb) ■

• Weitere Informationen

Naturschutz-Forum.de, Christian Gewiese, Dreieck 15, 24161 Altenholz Tel. 0180 / 1555772304 eMail: gewiese@naturschutz-forum.de www.naturschutz-forum.de

Kurzmeldungen

Alleenschutz: Scharfe Kritik an ESAB-Entwurf

Seit vier Jahren hat sich die Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL) gegen den Entwurf der Empfehlungen zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall auf Bäume (ESAB) des Bundesverkehrsministeriums zur Wehr gesetzt. Der Entwurf soll laut FLL Neuanpflanzungen von Alleen und Bäumen an schnell befahrenen Straßen verhindern und Nachpflanzungen bei bestehenden Alleen erschweren. In der aktuellen Entwurfsfassung der ESAB sind keine Abstandsregelungen mehr enthalten. Die Abstände sollen über die Richtlinie für passive Schutzeinrichtungen, die einen Abstand von Straßenbäumen von 4,50 Metern festlegt, vorgegeben werden. Auch Aussagen zur Nachpflanzung in bestehenden Alleen sind noch strittig. Die FLL sowie Umwelt- und Naturschutzverbände halten die ESAB ohne Abstandsregelung für völlig überflüssig. FLL-Präsident Schmidt hat Bundesverkehrsminister Tiefensee um Unterstützung beim Schutz der Alleen und um den Rückzug des Entwurfes gebeten. (if)

FLL, Bonn, Tel. 0228 / 690028, eMail: info@fll.de, www.fll.de

Wettbewerb: Botschafter der Umwelt für deutsche und israelische Schüler

► Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) hat gemeinsam mit dem Jüdischen Nationalfonds und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) das Projekt „Botschafter der Umwelt“ gestartet. Der Wettbewerb soll bei deutschen und israelischen Grundschulern Engagement für die Umwelt wecken und gegenseitige Kontakte ermöglichen. Das Pflanzen von Bäumen, die Übernahme einer Patenschaft für ein Stück Wald oder das Anlegen eines Schulgartens sollen das Kernstück der Aktionen sein. Die Projektskizze muss bis zum 15. März bei der SDW eingehen. Das Schulprojekt kann mit bis zu 1.000 Euro gefördert werden. Preise sind Natur-Erlebnisreisen in Deutschland. (if)

SDW, Bonn, Tel. 0228 / 945983-0, eMail: info@sdw.de, www.botschafter-der-umwelt.de

■

Warnung vor Folgekosten weiterer Straßenbauten

VCD: Besser bestehende Straßen sanieren statt neue bauen

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat die Bundesregierung aufgefordert, die Investitionen für den Verkehr neu zu verteilen. Statt den Neu- und Ausbau von Straßen zu forcieren und Geld in weitere Ortsumfahrungen, neue Autobahnabschnitte und zusätzliche Straßen zu stecken, sollten die Mittel in Sanierung und Erhalt der bestehenden Infrastruktur fließen. Nur so könnten Kosten gesenkt und Mobilität nachhaltig gesichert werden, sagte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrmann.

Demographischer Wandel verschärft das Problem

Nach Berechnungen des VCD bindet jeder Kilometer Straße, der neu gebaut wird, in Zukunft jährlich zehntausende Euro für Unterhalt und Instandhaltung. Dieses Geld fehle dann für wichtige Aufgaben, z. B. für Bildung und Soziales. Wissenschaftler des Umweltbundesamtes errechneten für 2003 die laufenden Kosten pro Kilometer Autobahn auf rund 130.000 Euro und bei Bundesstraßen auf etwa 43.000 Euro. Bis 2010 gehen sie von einer Steigerung auf 160.000 bzw. 52.000 Euro aus. Dabei sind laut VCD externe Folgekosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden nicht berücksichtigt. Der demografische Wandel werde das Problem der steigenden Kosten verschärfen. In Zukunft müssten immer weniger Menschen immer höhere Kosten für den Erhalt der Infrastruktur aufbringen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-12, Fax -10
eMail: presse@vcd.org
www.vcd.org

Kurzmeldungen

Güterverkehr auf der Schiene legte zu

Das vierte Jahr in Folge konnte die Schiene ihren Marktanteil im Güterverkehr ausbauen. Das belegen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2005. Demnach stieg 2005 die Leistung auf der Schiene um 3,4 Prozent auf 89 Milliarden Tonnenkilometer, die der Straße nur um 2,7 Prozent. Die Allianz pro Schiene sprach angesichts dieser Steigerung von einer „nachhaltigen Trendwende zu Gunsten der Schiene“. Prognosen des Verkehrsministeriums gingen im vergangenen Sommer noch von einem um gut ein Prozent sinkenden Marktanteil der Schiene aus. Der Schiene kommt offenbar die Tendenz zu Gute, dass die durchschnittlichen Beförderungsstrecken im Güterverkehr länger werden. Hier liegt die Stärke des Verkehrsträgers Eisenbahn, wie die amtlichen Zahlen zeigen. Seit Jahren wächst die Verkehrsleistung der Schiene deutlich stärker als die der Straße. (mbu)

Allianz pro Schiene, Tel. 030 / 27594562,
www.allianz-pro-schiene.de

■

Wasserprivatisierung schreitet bundesweit voran

EnBW kontrolliert die Trinkwasserversorgung in Düsseldorf

Der Düsseldorfer Stadtrat hat Mitte Dezember letzten Jahres eine Sitzung zu dem Verkauf von weiteren 25 Prozent der Düsseldorfer Stadtwerke abgehalten. Hintergrund ist der 2001 abgeschlossene Vertrag mit dem Energiekonzern EnBW, der rund 30 Prozent Anteile für 447,4 Mio. Euro übernommen hatte. Zudem verwiesen CDU und FDP auf den Zinsgewinn infolge der Entschuldung durch den 351 Mio.-Euro-Verkauf. Die gesparten Zinsen lägen über den vereinnahmten 24 Mio.-Euro-Jahresgewinn aus dem bisherigen kommunalen 50-Prozent-Anteil an den Stadtwerken. Dagegen hatte sich die Opposition aus SPD, Grünen und Linkspartei erneut gegen einen weiteren Anteilsverkauf an den Stadtwerken gewandt.

Die Belegschaft der Düsseldorfer Stadtwerke hat Anfang Dezember wegen der befürchteten Rationalisierungen gegen den drohenden Verkauf demonstriert. Die Aufstockung des EnBW-Anteils an den Stadtwerken auf jetzt 54 Prozent erfolge zu einem weit überhöhten Preis. Während 2001 noch Höchstpreise für den Einstieg in Stadtwerke bezahlt worden seien, seien jetzt die Preise deutlich gesunken. Die Stadtwerke Düsseldorf sind in der Rheinmetropole auch für die Wasserversorgung zuständig. Unter anderem wird Rheinuferfiltrat zu Trinkwasser aufbereitet. Mit Düsseldorf kontrolliert die EDF-Tochter EnBW jetzt nach Stuttgart auch in einer weiteren Großstadt die Trinkwasserversorgung.

Braunschweiger Stadtwerke und Stadtentwässerung verkauft

Nachdem Anfang 2005 der französische Wasserkonzern Veolia über sein deutsches Tochterunternehmen Veolia Wasser bereits zu 74,9 Prozent die Stadtwerke Braunschweig übernommen hatte, geht jetzt auch die Braunschweiger Stadtentwässerung an den Konzern. Im November 2005 hatte der Braunschweiger Stadtrat beschlossen, die Abwasserentsorgung für 238 Mio. Euro in die Hände von Veolia Wasser zu legen. CDU und FDP betonen, dass durch den Verkauf der Stadtwerke und jetzt der Stadtentwässerung der Schuldenstand von Braunschweig in nur einem Jahr um 65 Prozent abgebaut werden konnte. Bislang war Veolia Wasser

überwiegend in ostdeutschen Kommunen engagiert.

Dem Entsorgungsverband Saar droht die Privatisierung

Der Entsorgungsverband Saar (EVS), der neben der Abfallbehandlung auch die Abwasserentsorgung im Saarland betreibt, arbeitet nach Ansicht der in Saarbrücken regierenden CDU zu ineffizient. Um auf das Niveau der EG-Kommunalabwasser-Richtlinie und künftig auch auf das Niveau der EG-Wasser-Rahmenrichtlinie zu kommen, muss der EVS jährlich 100 Mio. Euro in den Ausbau der Abwasseranlagen investieren. Bereits jetzt hat der EVS Schulden von 1 Mrd. Euro. Der saarländische Umweltminister legte dem EVS nahe, sich der Cleverness privater Abwassermanager zu bedienen. Auch hier zieht die CDU eine Privatisierung in Betracht.

Bürgerentscheid gegen Stadtwerkeprivatisierung verlief erfolgreich

Bei einer Wahlbeteiligung von rund 58 Prozent haben die Holzmindener Bürger/innen im September letzten Jahres mit rund 87 Prozent für den Erhalt der Stadtwerke in kommunaler Hand gestimmt. (www.buergerbegehren-holzminden.de) Durch eine Teilveräußerung würde sich die Finanzsituation der Stadt verschlechtern, so die Initiatoren des Bürgerbegehrens. Eine Verbesserung der Einnahmesituation sei sowohl durch Kooperationen und Verbundlösungen mit anderen öffentlichen Partnern als auch durch die fortzusetzende Optimierung der Stadtwerke möglich.

Bad Homburg: Trinkwasserversorgung bleibt in städtischer Hand

Die Trinkwasserversorgung der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe soll nach Empfehlung des dortigen Magistrats auch weiterhin durch den kommunalen Eigenbetrieb Stadtwerke sichergestellt werden. In dessen Vorlage heißt es, dass die Beibehaltung der Rechtsform des kommunalen Eigenbetriebs für die Stadtwerke zurzeit als der sinnvollste Weg erscheint, um Einfluss auf die kommunale Trinkwasserversorgung auszuüben.

„Die Trinkwasserversorgung gehört in Deutschland zum verfassungsrechtlich geschützten Kernbereich kommunaler Selbstverwaltung“, so der zuständige Stadtrat Michael Korwisi. Kommunale Wasserversorger wie die Stadtwerke Bad Homburg zeichnet unter anderem aus,

dass sie das Trinkwasser aus orts- und verbrauchernahen Vorkommen gewinnen, dass bei der Entnahme Grundwasser und Oberflächengewässer geschützt, die natürlichen Ressourcen geschont und eine umweltverträgliche Landwirtschaft gefördert werden.

Eurawasser will in Rüsselsheim einsteigen

Suez, ein Konkurrent von Veolia, hat bislang über das deutsche Tochterunternehmen Eurawasser nur in Ostdeutschland Fuß fassen können. Ausnahme war das Eurawasser-Engagement in Goslar. Auch Eurawasser unternimmt nun einen erneuten Versuch, nach Westdeutschland zu expandieren. In Rüsselsheim will die Suez-Tochter 49 Prozent der Stadtwerke übernehmen.

Die Stadtwerke Rüsselsheim sind auch für die Wasserversorgung zuständig. Gegen den vom Rüsselsheimer SPD-Oberbürgermeister betriebenen Teilverkauf der Stadtwerke hat sich vor Ort ein breites Bündnis gebildet, das die Teilprivatisierung verhindern will. Auch das Städtebündnis „Wasser in Bürgerhand“ unterstützt die Bestrebungen, den Teilverkauf noch zu verhindern. „Wasser in Bürgerhand“ und die von Brot für die Welt initiierte „Aktion Schutzdeich“ wollen im Rahmen eines Frühwarnsystems künftig immer dann lokale Initiativen unterstützen, wenn eine (Teil-)Privatisierung der kommunalen Wasserwerke droht. ■

Gastautor: Nikolaus Geiler, BBU, AK Wasser

• Weitere Informationen

WasserInBürgerhand, Rat-Beil-Straße 61, 60318 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 47894994
eMail: info@wasser-in-buergerhand.de
www.wasser-in-buergerhand.de

www.menschen-recht-wasser.de

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Arbeitskreis Wasser, Nikolaus Geiler, Rennerstr. 10, 79106 Freiburg/Br.
Tel. 0761-275693, Fax -288216
eMail: nik@akwasser.de
www.akwasser.de

Flusslobbyarbeit soll intensiviert werden

Verbände suchen neue Wege - Naturathlon 2006 an Flüssen

Auf Einladung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) haben Vertreter/innen der großen Umweltverbände Mitte Oktober in Berlin beraten, wie trotz des Rollbacks in der Umweltpolitik die Anstrengungen für „Lebendige Flüsse“ intensiviert werden können. Johannes Reiss, Geschäftsführer im „Büro am Fluss“, thematisierte die „Rahmenbedingungen für die Lobbyarbeit in der Flusspolitik auf EU-, Bundes- und Landesebene“ sowie die heterogene Verbändelandschaft - und stellte dem die föderale Zersplitterung auf der Verwaltungsseite gegenüber. Reiss erläuterte, dass es öffentliche Gelder nur noch für Hochwasserschutzmaßnahmen gibt und dass bei den Umweltverbänden eine hohe Konkurrenz um den begrenzten Pool privater Sponsoren zu verzeichnen ist. Gleichwohl forderte Reiss, Wissen, Personal und Geld bei den Naturschutzverbänden besser als bislang zu bündeln.

Naturathlon 2006: Ideenwettbewerb „Freizeit am Fluss“

Bei dem diesjährigen Naturathlon, der einen bewussten Umgang mit der Natur mit einer sportlich wettbewerbsbetonten Komponente verbinden soll, werden die 10 Flussgebiete Deutschlands im Mittelpunkt stehen. Dabei soll unter anderem ein aquatischer Sportwettbewerb zwischen den Einzugsgebieten von Weser, Elbe, Rhein und Donau ausgetragen werden. Die Chance des Naturathlons wird darin gesehen, Bevölkerungskreise für den Naturschutz zu erreichen, die bislang nicht unbedingt zum Zielpublikum der Naturschutzverbände gehören. Bestandteil des Naturathlons ist ein Ideenwettbewerb unter dem Motto „Freizeit am Fluss“. Der Naturathlon 2006 wurde gemeinsam vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) und vom Umweltbundesamt (UBA) initiiert. (nik) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

www.naturathlon2006.de

Hilfe bei Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Bürgerbeteiligung in der kommunalen Wasserwirtschaft

Als „Unterhaltungspflichtige“ an Gewässern zweiter Ordnung (kleine Flüsse und Bäche) stehen die Kommunen künftig vor der Aufgabe, beim Vollzug der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie (WRRL) auch eine Bürgerbeteiligung bei wasserwirtschaftlichen Planungsprozessen zu unterstützen. Eine Arbeitsgruppe in der Deutschen Gesellschaft für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) konzipiert deshalb ein Handbuch mit Beispielen für die Partizipation auf kommunaler Ebene.

Zu einer Konsultation mit Anwohnern, Betroffenen und sonstigen Interessierten haben sich die Kommunen und Kreise - beispielsweise bei der Erstellung von Gewässerentwicklungsplänen und bei der Umsetzung von Gewässerentwicklungskonzepten - bislang eher nicht durchringen können.

Seminar zu wasserwirtschaftlichen Partizipationsprozessen

Um den Informations- und Meinungsaustausch über wasserwirtschaftliche Partizipationsprozesse auf kommunaler Ebene zu intensivieren, wird die DWA-Arbeitsgruppe am 16. Mai in Köln ein Seminar durchführen, auf dem Best-practice-Beispiele aus Bundesländern und Kommunen sowie aus dem Ausland vorgestellt werden sollen.

Die Kommunale Umweltaktion Niedersachsen (UAN), eine Einrichtung des dortigen Gemeindebundes, hat ebenfalls einen Erfahrungsaustausch zur Bürgerbeteiligung in der kommunalen Wasserwirtschaft gestartet. (nik) ■

• Weitere Informationen

DWA-Arbeitsgruppe GB-1.5 „Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der europäischen WRRL“, Brigitte Krämer
Tel. 02242 / 872 -207, Fax -135
eMail: kraemer@dwa.de
www.dwa.de
www.wrml-kommunal.de

Neuer Öko-Standard für Wasserkraftstrom

Vorbild Schweiz: Untersuchungen über Gütesiegel für „Grünen Strom“

Um Wasserkraftwerke in Deutschland auf bestimmte Umweltaspekte hin umfassend zu untersuchen, überprüfen die Universität Stuttgart und das Wasserforschungsinstitut Eawag zurzeit die Anwendbarkeit eines Kriterienkatalogs aus der Schweiz. Der „greenhydro-Standard“ soll dann als Zertifizierungsgrundlage für Gütesiegel wie „ok-power“ oder „Grüner Strom Label“ genutzt werden. Bisher gibt es in Deutschland kein Bewertungsverfahren, das einen hohen ökologischen Standard bei der Wasserkraftnutzung dokumentiert. Das Vorhaben wird finanziell von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) unterstützt. Die Projektergebnisse werden am 26. Juni in Osnabrück vorgestellt.

Betreiber sollen freiwillig nach „greenhydro-Standard“ arbeiten

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2004 sichert dem Produzenten von Strom aus Wasserkraft zwar den Unterhalt der Anlage, schafft aber nach Ansicht der DBU nur bedingt Anreize, den Öko-Standard in der Produktion weiter auszubauen. Gerade für die Vermarktung von grünem Strom sei es aber wichtig, dass eine möglichst hohe Umweltqualität auf allen Ebenen sichergestellt und - etwa im Rahmen eines freiwilligen Gütesiegels - auch nachgewiesen werden kann.

Die Schweiz, wo ein großer Anteil des Stroms aus Wasserkraft gewonnen wird, arbeitet bereits seit 2001 mit dem „greenhydro-Standard“. Das Verfahren stellt sicher, dass der Kraftwerksbetreiber sich an einen Umweltstandard hält, der die gesetzlichen Mindestanforderungen übersteigt. Als Gegenleistung kann das Kraftwerk als besonders umweltfreundlich ausgezeichnet werden. Mit einem Teil der zusätzlichen Einnahmen verpflichtet sich der Produzent, weitere umweltfreundliche Verbesserungsmaßnahmen zu finanzieren. (mb) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Osnabrück
Tel. 0541 / 9633-521, Fax -198
eMail: info@dbu.de
www.dbu.de

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Februar

20.2., Berlin

Klimabewusste Organisationen und die Herausforderung Flugverkehr

Workshop; Germanwatch, Dietrich Brockhagen

Tel. 030 / 288835682

brockhagen@germanwatch.org

www.germanwatch.org

24.2., München

Nachhaltigkeit trainieren - im Planspiel mit „Fish Banks“

Seminar; Bundesverband TuWas e.V.

Tel. 089 / 5994677-0, Fax -1

info@tuwas.net

www.tuwas.net

24.-26.2., Wittenberg

Rohstoffplantagen oder Lebensmittelfelder?

Tagung; Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt

Tel. 03491-49880, Fax -400706

ev-akademie-wittenberg@t-online.de

www.ev-akademie-wittenberg.de

25./26.2., Basel

NATUR 1/06 - Der Wert der Natur

Messe, Kongress und Festival

Tel. 004161-2051047, Fax -2711010

kongress@natur.ch

www.natur.ch

März

6./7.3., Bonn

Mit Bioenergie zur Energieautonomie

Eurosolar

Tel. 0228 / 36-2373 Fax -1279

info@eurosolar.org

www.eurosolar.org

9.-16.3., Berlin

globale06 - Das globalisierungskritische Filmfestival

Medienkombinat

Tel. 030 / 78913457

info@globale-filmfestival.de

www.globale-filmfestival.de

10./11.3., Bremen

3. Bremer Fahrrad-Kongress:

Kinder erfahren die Stadt

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC)

Tel. 0421 / 7011-79, Fax -59

fahradkongress@adfc-bremen.de

www.bremerfahradkongress.de

10.-12.3., Böblingen

erneuerbare energien 2006

Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner

Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100

redaktion@energie-server.de

www.erneuerbareenergien.com

16./17.3., Lampertheim (Hessen)

3. Bundeskongress: Wirtschaft in Bewegung

Webarkaden Vertriebsbüro, Wiesloch

Tel. 06222-4142, Fax -4147

mgrix@wirtschaftinbewegung.com

www.wirtschaftinbewegung.com

16-17.3., Mannheim

ÖPNV als Motor der Stadt und

Regionalentwicklung

Tagung: Vereinigung für Stadt-, Regional und Landesplanung (SRL)

Tel. 030 / 2787468-0, Fax -13

info@srl.de

www.srl.de/termine/

termin.php4?id=2193

22.-24.3., Bonn

Gentechnisch verändertes Getreide in

Entwicklungsländern

Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)

Tel. 06196 / 79-1416, Fax -7137

stephan.krall@gtz.de

www.gtz.de/beaf

April

7.-9.4., Bonn

Zeitbombe Atomenergie - 20 Jahre nach Tschernobyl

Kongress; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Berlin

Tel. 030 / 69-80740, Fax -38166

uhe@ippnw.de

www.tschernobylkongress.de

8.4., weltweit

Internationaler Aktionstag gegen gentechnisch veränderte Organismen

Alter Campagne, Jürgen Binder

Tel. 07472 / 442370

binder@gendreck-weg.de

<http://altercampagne.free.fr>

27.-29.4., Wilhelmshaven

Geographie der Meere und Küsten

Jahrestagung; Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung (NIHK)

Tel. 04421 / 915-0, Fax -110

janssen@nihk

www.nihk.de/index.php?id=196

Mai

16.5, Köln

Wasserwirtschaftliche Partizipationsprozesse auf kommunaler Ebene

Seminar; DWA-Arbeitsgruppe WRRRL, Brigitte Krämer (siehe S. 26)

Tel. 02242 / 872 -207, Fax -135

kraemer@dwa.de

www.dwa.de

30.5.-2.6., Bonn

28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung -

100 Jahre staatlicher Naturschutz

Fachkongress; Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen (siehe Seite 3)

DNR, Helga Inden-Heinrich

helga.inden-heinrich@dnr.de

BfN, Arnd Winkelbrandt

arnd.winkelbrandt@bfm.de

Organisation: BBN, Anne-Christine Becker

anne-christine.becker@bfm.de

www.bbn-online.de/?id=43

(if, mb) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rück-
schauen, Sende-Manuskripte und Zusatz-
informationen im Internet an.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet:
www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

TV-Vorschau

„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsanga-
be in mehreren Sätzen zu jeder Sendung:
www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

[www.prisma-online.de/tv/
stichwort.html?aid=Natur](http://www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur)
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:
www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF
[www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/
0,1872,1020478,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html)

Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-
Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk
(BR)
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/
unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00
und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/
sendungen/unkraut](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut)

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1
(Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 10.55-11.20, ZDF
www.tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt
(„Archiv“)

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwest-
rundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di
11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL)
102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di
11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL)
102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München
92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Anten-
ne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

So 14.00-15.00, Radijojo!, Berlin 104,1
Berlin/Brandenburg/Sachsen:
Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet (mit FlashPlugin 6):
www.radijojo.de
www.grasloewe.de
(mb, if) ■

Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden rund 250.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe
www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Ökojobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

www.gruenes-forum.net
 (mb) ■

EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):
www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- Bürger/innen für mehr soziale und ökologische Standards

Global

- WTO-Ministerkonferenz in Hongkong: Kleine Brötchen

EU-Politik, Recht

- Was steht an 2006?
- Britische EU-Präsidentschaft bewertet
- Neue EU-Präsidentschaft: „Grüne Prüfsteine“ für Österreich
- Normung: ECOS fordert Reformen
- Thematische Strategie städtische Umwelt vorgelegt
- Städtische Entwicklung: Konsultation
- Thematische Strategie zur Ressourcennutzung vorgelegt
- EU-Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet

Abfall, Produktpolitik

- Thematische Strategie zur Abfallvermeidung vorgelegt
- Batterie-Richtlinie angenommen

Agrarpolitik, Gentechnik

- Neuregelungen für Ökolandbau
- Strengere Lebensmittelhygiene
- Gentechnik: Deutschland gemahnt
- Bericht: Ansteckende Tierkrankheiten
- Pflanzenschutzmittel überprüft

Chemikalien, Emissionen

- Konsultation: Titandioxidrichtlinie
- Konsultation: RoHS-Richtlinie
- Richtlinienentwurf: Verbot von PFOS
- IPPC-Forum beschließt neue Leitlinie
- Kraftstoffemissionen: Neue Mitgliedstaaten in Verzug
- Luftverschmutzung: Erhöhte Sterblichkeit
- Energie-Industrie: EU-Luftreinhaltepolitik ineffektiv

Energie, Klima

- Energieeffizienz-Richtlinie: Einigung
- Biomasse als Erdgasersatz
- Atomdebatte nach Gasstreit
- Kyoto-Gegner gründen „Klimafonds“
- Emissionshandel ab 2008
- Richtlinienvorschlag zur Atommüll-Kontrolle

Naturschutz, Biodiversität

- FFH-Richtlinie: Deutschland verurteilt
- Verbände: Ländlichen Raum stärken
- Freihandel zerstört Wälder
- Karpaten-Konvention in Kraft

Verkehr, Tourismus

- Minister für grenzenlosen Schienenverkehrsmarkt
- EU soll Verkehrswege zu Nachbarstaaten ausbauen
- Euro-5-Norm: „Keine Perspektive“
- Ausbau der Rhein-Schiene geplant
- Protest: Schnellbahn Lyon-Turin
- Frankreich: Abgabe für Flüge

Wasser, Meere

- Fischereirat 20.-22.12.: Höhere Fangquoten, kein Verbot für Grundschieppnetzfisherei
- Korallenriff-Schutz: Stagnation
- Tiefseefischerei bedroht Arten

Service

- Publikationen, Informationsquellen
- EU-Umwelt-Termine
- EU- und UN-Wegweiser

Sonderheft

- Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im

Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationssdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

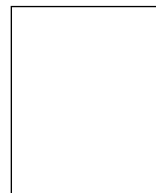
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:
Bankleitzahl:
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin